

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 5.50 Mark

monatlich. Bei Postbezug
5.50 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertag, mittags

für Stadt und Land

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Kornstraße 29/31



Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. Kühle Nr. 53 und 134
Postfach Nr. 5296
Hannover

Anzeigenpreis 50 Pfennig

die 1 Spalt. 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 60 Pfennig.
Reklamen die Zeile 3.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 289.

Herford, Sonnabend, den 10. Dezember 1921

39. Jahrgang

Kommunalpolitische Betrachtungen.

Von E. Althaus, Magistratsrat in Berlin-Schöneberg*).

Es ist eine unzweifelhafte Tatsache, daß heutzutage in Deutschland viel zu viel regiert wird. Der alte Satz scheint ganz in Vergessenheit geraten zu sein, daß dasjenige Gemeinwesen am besten verwaltet wird, in dem der Einzelne von der Verwaltung am Wenigsten verspürt. Es wäre verfehlt, die Gründe hierfür allein in den Vorgängen zu suchen, die sich nach Beendigung des Krieges abgespielt haben. Schon in den ersten Kriegsmonaten fehlte ein Drang zum Mitregieren ein, der den vorausgegangenen hundert Jahren fremd geworden war. Gewiß hat die Not der Gegenwart der Verwaltung zahlreiche neue Aufgaben gestellt, aber um so mehr sollte sie sich davor hüten, in den Geist des alten Polizeistaates zurückzufallen, der in das Dasein des einzelnen auch dann eingriff, wenn dies vom Standpunkt der Allgemeinheit aus nicht unbedingt erforderlich war.

Ebenso, wie sich der Einzelne mit Recht gegen jeden überflüssigen Eingriff in seine Lebenssphäre sträuben wird, muß sich jedes Gemeinwesen zur Wehr setzen, wenn es in seinen Rechten, in seiner Bewegungsfreiheit und in seinen Betätigungsmöglichkeiten gefährdet werden soll. Es kann gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, welche tödlichen Gefahren augenblicklich die Selbstständigkeit der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände bedrohen. Was die deutschen Städte im Laufe der letzten Jahrzehnte geworden sind, verdanken sie ihrer Selbstverwaltung, und um deren Erhaltung ist es zur Zeit schlimm bestellt. Nicht, daß man etwa der Städteordnung zu Leibe gehen und aus den Gemeinden einfache Staatsverwaltungsbezirke ohne eigene Organe machen wollte. Im Gegenteil kann damit gerechnet werden, daß die neue Städteordnung die Befreiung von mancher lästigen Fessel bringen wird, die das alte Recht für gut hielt. Die Gefahr liegt vielmehr darin, daß Reich und Staat bei der Erfüllung der Aufgaben, die ihnen infolge der vorhererenden Nachwirkungen des Krieges erwachsen sind, alles öffentliche Leben in einem bisher nicht gekannten Umfange durchdringen und dabei, ohne es selbst zu wollen, die untergeordneten Körperschaften erdrücken. Diese Gefahr scheint der deutsche Städtetag jetzt endlich erkannt zu haben, aber seine Vorstellungen kommen im Wesentlichen zu spät.

Die Reichsfinanzreform des Jahres 1920 bedeutet, wenn sie in ihren Grundlagen bestehen bleibt, das Grab der deutschen Selbstverwaltung. Jede kommunale Tätigkeit wird dadurch bedingt, daß die Kommune in der Lage ist, die erforderlichen Mittel bereitzustellen und sie dem jeweils wechselnden Bedürfnis anzupassen. Unter dem alten Recht war dies möglich auf Grund der den Kommunen zugestandenen Finanzhoheit, die durch die staatlichen Aufsichtsbehörden nur wenig beschnitten wurde. Damit ist es jetzt vorbei. Im Wesentlichen ist in finanzieller Hinsicht die Stellung der Kommunalverbände jetzt dieselbe geworden wie die eines Regierungsbezirks, also eines reinen Staatsverwaltungsbezirks ohne eigene Körperschaftsrechte, der vom Staate eine bestimmte Summe erhält, mit der er einen festumgrenzten Kreis von staatlichen Aufgaben in festbestimmter Form zu erledigen hat. Durch die Reichsfinanzreform sind nämlich den Gemeinden ihre ergiebigen Naturquellen entzogen. Statt dessen erhalten sie einen bestimmten Anteil an gewissen Reichsteuern nach Maßgabe des Landessteuergesetzes. Die Realsteuern, die ihnen ursprünglich ganz überlassen werden sollten, unterliegen neben der Aufsicht durch die kommunalen Aufsichtsbehörden noch einem besonderen Einspruchsverfahren durch die Reichsbehörden, die mit Rücksicht auf die Reichsteuern ein besonderes Interesse an ihrer Niedrighaltung haben, und außerdem stört der Staat die Ausschöpfung dieser Steuern, indem z. B. Preußen die Einführung einer Grundvermögenssteuer vorbereitet. Damit nicht genug, nimmt neuerdings auch das Reich gewisse kleinere Steuerquellen auf, die es bei der Einführung der Reichsfinanzreform die Gemeinden ausdrücklich verweisen hatte, für sich in Anspruch, so z. B. die Automobilsteuer und die Gewerbesteuer.

Diesen Schwierigkeiten können die Gemeinden mit kleinen Mitteln nicht begegnen. Insbesondere wäre es verfehlt, die Rettung von kleinen Steuern zu erwarten, deren Ertrag in keinem Verhältnis zu den Kosten der Erhebung

Das Neueste vom Tage

Dr. Rathenau hat gestern in London eine Unterredung mit Louchere gehabt.

England wünscht Abänderung des Wiesbadener Abkommens gegen gewisse Zugeständnisse.

Das Kölner Wuchergericht hat als Protest gegen die erzwungene Freilassung Smeets einen Gerichtsstreik angekündigt.

Das neue Ortsklassenverzeichnis sieht für Groß- oder Mittelstädte wesentliche Höherstufungen vor.

Japan hat den Vorschlag zu einem Viermächteabkommen angenommen.

In Chicago ist es anlässlich des Streiks in den Gleichfabriken zu erheblichen Unruhen gekommen.

Brasilianische Ärzte veranstalteten eine Sammlung zugunsten der notleidenden Kollegen in Mitteleuropa, die über 1½ Millionen Kronen ergab.

und zu der Verärgerung steht, die sie hervorgerufen. Andererseits ist die steuerliche Erfassung des Luxus und Wohllebens durch eine Aufwandssteuer unabhängig von der Höhe des Ertrages für jede Gemeinde fällige Pflicht. Um die finanzielle Leistungsfähigkeit und damit die Selbstverwaltung der Gemeinden zu erhalten, ist — neben der Einwirkung auf die Reichsgegesetzgebung — eine doppelte Möglichkeit gegeben: Die eine besteht darin, daß alle überflüssigen Ausgaben unterbleiben. Dies kann erreicht werden durch Vereinfachung des innern Betriebes, durch Scheidung der wichtigen Aufgaben von den weniger wichtigen, die rücksichtslos bis zur Klärung der Finanzlage zurückzustellen sind, und durch straffe Durchführung des Grundhaushalts der „speziellen Entgeltlichkeit“, wonach alle Leistungen der Stadt an ihre Einwohner — soweit es sich nicht, wie bei dem Miereinigungsamt, um Erfüllung übertragener staatlicher Aufgaben handelt — in voller Höhe der entstandenen Kosten abgegolten werden müssen. Die Durchführung dieser Grundsätze setzt eine durchsichtige Gestaltung des Haushalts voraus, der jedem Bürger einen Einblick in die tatsächliche Geschäftslage der Stadt ermöglichen muß. In dem Haushalt müssen deshalb nicht die Nettoeinnahmen, sondern die Bruttoeinnahmen angegeben werden. Etwaige Vorzugskonten — Ueberbleibsel der Kriegswirtschaft, die sich der ordentlichen Kontrolle entziehen — müssen schleunigst beseitigt oder etatisiert werden. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen muß das Bestreben gehen, der Kommune Vermögenswerte zu beschaffen, aus denen ihr dauernde Einnahmen zufließen. Es ist bekannt, daß viele Kreise sich erhebliche Gewinne durch den Ausbau ihrer Kreis Sparkasse zur Kreisbank beschafft haben. Ob die Einrichtung einer Stadtbank Erfolg verspricht, ist je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden zu beurteilen. Dazu kommt die Einrichtung städtischer Betriebe, als da sind Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Verkehrsanstalten usw., die richtig aufgezogen, dauernden Gewinn versprechen und zudem als immobilierbare Vermögensgegenstände vom Stande der Valuta ihren Wert behalten. Wie in allen anderen kommunalen Fragen, müssen selbstverständlich auch bei der Einrichtung derartiger Betriebe alle parteipolitischen Erwägungen ausschalten. Die zweckmäßigste Wirtschaftsform für dieselben ist die des gemischtwirtschaftlichen Betriebes, der sich z. B. in Leipzig, Königsberg und Kopenhagen aufs Beste bewährt hat. Er bedeutet weder die Einführung noch die Aufgabe der Sozialisierung, sondern die Anpassung an die gegenwärtige Wirtschaftslage und besteht darin, daß die Verwaltung der betreffenden Einrichtung einer Aktiengesellschaft oder G. m. b. H. übertragen wird, deren Anteile möglichst ausschließlich Eigentum der Stadt sind. Damit wird einmal das mit dem Betriebe verbundene Risiko zu Gunsten der Stadt in Höhe ihrer Einlage begrenzt, sodann wird die Geschäftsführung von dem städtischen Haushaltsplane unabhängig gemacht und kann infolgedessen nach kaufmännischen statt durch den Haushalt bedingten kameralistischen Grundsätzen arbeiten. Das Eigentum an den zu dem Betriebe gehörenden Grundstücken und Anlagen braucht der Betriebsgesellschaft nicht übertragen zu werden, sondern verbleibt der Stadt.

Die Erhaltung der finanziellen Selbstständigkeit und damit diejenige der Selbstverwaltung der Gemeinden erscheint somit durchaus noch im Rahmen des Möglichen. Die Einführung des allgemeinen gleichen Gemeindevahlrechts hat das Interesse am kommunalen Leben erweitert und ver-

tieft. Dieses Interesse nach zu halten und in wertvoller Mitarbeit umzusetzen, muß das vornehmste Bestreben der leitenden Kommunalbeamten sein. Dies wird am Besten erreicht werden, wenn den ehrenamtlichen Kommunalbeamten nicht nur Gelegenheit gegeben wird, im Magistrat und in den Verwaltungsdeputationen ja oder nein zu sagen, sondern wenn sie praktisch in den einzelnen Verwaltungszweigen, die ihnen besonders vertraut sind, mitarbeiten. Insbesondere sollte jedem Magistratsmitglied ein bestimmtes Dezernat zur Bearbeitung unter eigener Verantwortung übertragen werden. Dadurch wird das erreicht, was Ziel und Sinn aller Selbstverwaltung sein muß: sachkundige Mitarbeit der berufenen Volksvertreter am Gemeinwohl.

Das neue Ortsklassenverzeichnis.

Nachzahlungen an die Beamtenchaft noch vor Weihnachten!

Mit. Berlin, 9. Dez. Die im Reichsfinanzministerium gepflogenen Verhandlungen mit den Beamtenchaft über das endgültige Ortsklassen-Verzeichnis, welche nahezu drei Wochen gedauert haben, sind nunmehr zum Abschluß gekommen und haben zu einer vollständigen Einigung geführt. Den Wünschen der Beamten ist in weitestgehendem Maße entgegengekommen. Die auf Grund der Verhandlungen ausgearbeitete Regierungsvorlage bringt gegenüber den bisherigen Entwürfen sehr zahlreiche und ins Gesicht fallende Höherstufungen. Darnach ist die Mehrzahl der deutschen Großstädte, z. B. Königsberg, Stettin, Halle, Breslau, Kiel, Magdeburg, Hannover, Nürnberg und Karlsruhe, in eine höhere Ortsklasse (A) gekommen. Auch von den mittleren und kleinen Städten ist ein großer Teil gehoben worden. Gegenwärtig liegt der Gesetzentwurf dem Reichstag zur Beschlussfassung vor. Das Gesetz wird rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 haben. Infolgedessen sind die Nachzahlungen, die sich aus den Höherstufungen von Orten ergeben, sehr beträchtlich. Sie betragen bei einem kinderlosen Beamten für die Zeit vom 1. April 1920 bis 1. Januar 1922 bei Hebung um eine Ortsklasse allein durchschnittlich etwa 1500 Mark; bei den nicht seltenen Hebungen um mehrere Ortsklassen erhöht sich der Betrag entsprechend. Unter den gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere mit Rücksicht auf die Geldentwertung, legt die Regierung den größten Wert darauf, daß diese Nachzahlungen noch vor Weihnachten in die Hände der Beamten gelangen. Sie hat bereits alle Maßnahmen getroffen, daß diese Absicht auch durchgeführt werden kann. Es handelt sich jetzt nur noch darum, daß der Reichstag unter Verzicht auf Abänderungen das Gesetz so bald wie möglich verabschiedet. Die Auszahlungen können alsdann sofort erfolgen. Der Reichsrat hat das Gesetz ohne Änderung angenommen, allerdings mit dem Vorbehalt, daß auch der Reichstag ein gleiches tut.

Noch keine Entscheidung.

Die Londoner Besprechungen Loucheres.

Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ in London meldet:

Von der Zeitung „Pall Mall and Globe“ wird die Nachricht verbreitet, daß Dr. Rathenau nach Berlin zurückkehren würde mit der Zusicherung, daß Deutschland ein Zahlungsausschub bewilligt werden solle. Die Zeitung fügt hinzu, daß diese Maßnahme das Ergebnis des Zusammenkommens zwischen Sir Robert Horne, Louchere und Rathenau sei.

Diese Meldung müsse, bemerkt der Sonderberichterstatter von Havas dazu, für den Augenblick aus zwei Gründen als sehr ungenau angesehen werden: Erstens sei niemals bei der Konferenz zwischen dem englischen und dem französischen Minister die Rede von einem Zahlungsausschub gewesen und zweitens habe kein Zusammenkommen zwischen Sir Robert Horne, Louchere und Rathenau stattgefunden. Der ehemalige deutsche Minister Rathenau, der im gleichen Hotel wie Louchere wohne, habe lediglich (1) heute nachmittag dem französischen Minister einen Höflichkeitsbesuch gemacht. Hierauf beschränkten sich die Beziehungen, die Louchere und Rathenau miteinander gehabt hätten.

Der Berichterstatter des „Petit Parisien“ erklärt, die Nachricht der Zeitung „Pall Mall and Globe“, Dr. Rathenau könne nunmehr mit der Versicherung abreisen, daß Deutschland ein Moratorium gewährt werde, sei verfrüht. Louchere habe ihm vor seiner Abreise aus Chequers gesagt, daß noch keine Entscheidung über die Lösung des Reparationsproblems gefunden sei.

*) Magistratsrat Althaus ist gestern von den Stadtverordneten zum zweiten Bürgermeister der Stadt Herford gewählt. Seine kommunalpolitischen Ansichten sind darum für unsere Leser sicher vom höchsten Interesse.

Preußischer Landtag

Vizepräsident Dr. Porck eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr. Die Beratung der Berg-Gütten- und Salinenverwaltung wird fortgesetzt. Abg. Hue (Soz.) fordert die rechtzeitige Mitteilung der Betriebsergebnisse an die Arbeiterorganisationen. Im Saargebiet hätten sich die altpreussischen Beamten der staatlichen Verwaltung als größte Reuteschinder im Dienst der Franzosen erwiesen, und in Oberschlesien hätten es die deutschnationalen kapitalistischen Kreise abgelehnt, mit der deutschen Regierung zu verhandeln, während sie sich den Polen anzuschließen geneigt seien. Abg. Steger (Ztr.) verlangte eine wirtschaftlichere und rentablere Form der Staatsbetriebe. Der technische Ausbau der Gruben sei die erste Vorbedingung für eine größere Rentabilität. Die Verhandlungen über die Bezüge der Bergarbeiter müßten von der Staatsregierung mit allen Kräften gefördert werden. Die hauptsächlichste Voraussetzung für die Hebung der Produktion im Bergbau sei die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln; daher müsse die Landwirtschaft in demselben Maße wie die Bergarbeiter bereit sein, Opfer zu bringen. Infolge des Wagenmangels seien die Halbenbestände bereits auf etwa 700 000 Tonnen angewachsen. Von Arbeitgeberseite werden den Bemühungen des Reichsarbeitsministeriums, den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter zu entsprechen, die größten Schwierigkeiten bereitet. Medner zitiert zum Beweise einen Artikel der Bergwerkszeitung, in dem über die zu hohen Löhne der Bergarbeiter geklagt wird. Bei der Besetzung von Stellen dürfen Partei- und Religionsgründsätze keine Rolle spielen. Zum Schluß seiner Ausführungen gedachte Medner der im letzten Jahr Opfer ihres Berufes gewordenen Bergarbeiter. Nach ihm ergriff Abg. v. Waldhausen (Dnat.) das Wort. Die im Etat erwähnte 30prozentige Verzinzung des Betriebskapitals ist außerordentlich bescheiden, wenn man bedenkt, daß es sich um Papiermark handelt, während das investierte Kapital in Goldmark angelegt ist. Die Industrie bringt weit höhere Dividenden. Abg. Seidel (D. Vp.): Der Kohlenmangel in Deutschland ist auf die ganz unnötig hohe Kohlenlieferung zurückzuführen, die uns von der Entente auferlegt worden ist, obwohl in allen übrigen Ländern geradezu Kohlenüberfluß besteht. Die schweren Milliardenverluste, die mit der Abtretung des Saargebietes und Oberschlesiens verbunden sind, werden in Generationen nicht auszugleichen sein. Abg. Sothka (Komm.): Die Bergwerksbetriebe müssen gründlich umgestellt werden. Alle Bodenschätze müssen als Gemeingut erklärt werden. Die Einführung der 6 Stunden-Schicht im Bergbau ist unerlässlich. Abg. Otter (L. Soz.): In Wirklichkeit besteht gar keine Kohlennot. Auf den Halben lagern viele Kohlen, die nur nicht abgefahren werden. — Darauf wird die Beratung des Berggesetzes unterbrochen und die Abstimmungen des Landwirtschaftsetats wird vorgenommen. Der Etat wird im allgemeinen nach den Beschlüssen des Haupt-Ausschusses gebilligt. Sodann wird über den Berg-Gütten- und Salinenetat weiter beraten.

Der „Kappisten“-Prozeß.

Die Vernehmung Rudendorfs.

Der heutige dritte Verhandlungstag im Prozeß gegen Jagow, Mangenheim und Dr. Schiele brachte die mit Spannung erwartete Vernehmung des Generals Rudendorfs. Der Saal des Reichsgerichts weist eine drückende Fülle auf, vor dem Gebäude haben sich zahlreiche Photographen versammelt. Als erster der erschienenen zwölf Zeugen wird kurz nach 9 Uhr der Schriftsteller Walter Farnisch vernommen, der ausführt, daß er zwei Besprechungen harmloser Art mit Oberst Bauer hatte und daß ihm über die Zugehörigkeit der Angeklagten zur nationalen Vereinigung nichts bekannt sei. Er habe zum ersten Male am 12. März in der Presselesung von militärischen Umsturzplänen gehört. In die Reichskanzlei sei er am 13. März gegangen, um sich bei dem ihm persönlich bekannten Dr. Schiele zu informieren. Mit Schiele habe er in der Reichskanzlei über die Wiederherstellung des Pressevertrages gesprochen, aber kein Interesse gefunden.

Darauf beginnt die Vernehmung Rudendorfs. Auf die Frage des Vorsitzenden, was er von den Vorbereitungen zum Kapp-Putsch wisse, erklärt er, daß er weit ausholen müsse. Mangenheim und Schiele kannte er aus dem Kriege. Die Generale ebenfalls aus dem Kriege im Osten. Schnitzler habe er als seinen Kopf kennen gelernt, aber mit Selbstüberhebung und Phantasie. Bei Bekanntwerden der Friedensbedingungen und des Schicksals gegen die Ehre des alten Heeres kam Kapp und sprach mit ihm über die Not Ostpreußens. Später habe er gehört, daß Rüttow sich mit dem Gedanken einer Diktatur Roste trage. Es sei auch ein Triumpvirat Roste-Heine, Siegerwald genannt worden. Im Hause Kapps habe er eine Besprechung wegen der Bildung der Einwohnerwehren gehabt. Hauptmann Rapp sei an ihn herantreten zwecks Bildung einer nationalen Vereinigung. Der Völkchswitzismus sei in den Kämpfen am 11. Januar vor dem Reichstag so scharf in Erscheinung getreten, daß ein Gegenstoß geführt werden mußte. Wenn Kapps Wünsche weitergegangen seien, so sei andererseits Rüttow für die Verfassung eingetreten und Kapp habe sich gefügt. Als die Nationalversammlung sich nicht auflöste, sei ein neuer Konflikt entstanden und am 11. März habe er von der Unterredung Rüttow mit Gert und den Postbefehlen gegen einige Herren gehört. Am 14. März sei er in die Reichskanzlei gegangen, wo alles durcheinander und aneinander vorbei gesprochen habe. Am 15. März waren die Verhandlungen mit Schiffer, am 16. März habe ihm Rüttow erzählt, daß Reichswehr und Sipo nicht mehr hinter Kapp ständen. Kapp trat zurück, alle Herren außer Jagow seien dagegen gewesen. Am Nachmittag habe dann Rüttow wegen des mangelnden Vertrauens der Offiziere gleichfalls sein Amt niedergelegt. Vor dem 13. März sei ihm vom Regierungsrat nichts bekannt geworden. Es wird sodann ein Brief des Herrn von Dewitz vom pommerschen Landbund an Rudendorfs vorgelesen, worin es heißt, daß es wichtig sei, die kommunistischen Führer zu ermitteln und bestimmte Persönlichkeiten zu deren Befreiung anzusehen. Rudendorfs erklärt, daß er diesen Brief nicht bekommen habe, daß allerdings einmal eine Besprechung über einen Vorstoß gegen die kommunistische Bewegung stattfand. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Rudendorfs täglich in die Reichskanzlei ging, erwidert der Zeuge, daß er Kapp veranlassen wollte, an der breiten Basis für die Regierung festzuhalten. Nach der Weimarer Verfassung sei Kapp als Reichskanzler damals der allein verantwortliche gewesen. Von Beziehungen Kapps zur Entente sei ihm nur soviel bekannt gewesen, daß Oberst Bauer einmal mit einem englischen Offizier sprach. Er habe geglaubt, daß Rüttow alle Truppen hinter sich habe und deshalb an der Spitze bleiben mußte. Eine Vernehmung Rudendorfs findet zunächst nicht statt. Jagow

erklärt nochmals, daß er als preussischer Beamter unbedingt verpflichtet war, dem Ruf Kapps zu folgen. Generalmajor Hage befindet sich über die Stimmung der Truppen folgendes: Nach einem Besuch bei Roste und Oberst Reinhardt habe er sich am 19. Juni vor dem Ostparlament für den Kampf gegen Polen eingesetzt. Als Soldat habe er die Pflicht gehabt, wieder abzugeben, als die Entscheidung gegen ihn gefallen war. Am 29. Juni sei Kapp zu ihm nach Bartenstein gekommen und habe erklärt, daß versucht werden müsse, Polen zu retten. Kapp habe gewollt, was alle erstrebten und so sein auch alle schuldig. Später habe Kapp ihm gegenüber gemeint, Ostpreußen müsse zu einem Akt der sogenannten Kriegsverbrecher gemacht werden. In einem Brief von Kapp an den Zeugen General Hage heißt es: Das Leben von Hunderttausenden spiele keine Rolle, wenn es sich um den ruhmlosen Untergang des Vaterlandes handele.

Nach einer kurzen Mittagspause wird Rüttow als Zeuge vernommen, der bekundet, daß er am Putschtag abends in Berlin eingetroffen sei, nachdem er telefonisch aufgefordert worden war, sich bei Kapp zu melden. Als eine Studentenabordnung sich beschwerte, daß die jüdischen Studenten, die sich den Kappistischen Freiwilligeninformationen verweigerten, zum Examen kamen, habe er die Schließung der Hochschulen verfügt. Major von Stockhausen sagt über General Rüttow aus, er habe ihn von seinen politischen Ideen abgeraten, die Entwicklung mit Sorge verfolgt und dessen Verkehr mit Hauptmann Rapp, den er für einen politischen Phantasten halte, als sehr bedenklich angesehen. Konrad Marx betont, er habe mit Kapp nur über wirtschaftliche Fragen gesprochen. Kapps Ziel sei die Herstellung einer festen Regierung gewesen. Konrad-Admiral a. D. Heinrich berichtet über eine Kommandantenversammlung im Januar 1920, in der für den Fall einer bolschewistischen Diktatur bestimmt werden sollte, wer die Führung erhalten soll. Kapitän von Rosenberg, der gleichfalls den Kommandantenversammlungen beizugewohnt, bekundet, daß von einer Abiegung Trothas und auch von einem Rechtsputz nicht die Rede war. Konrad-Admiral von Gagerin äußert sich über sein Verhältnis zu den Zeugen Heinrich, Kapitän von Trotha sagt aus, daß er am 30. März Personalchef bei der Brigade Ehrhardt war. Von einem monarchistischen Putsch sei nie die Rede gewesen. Der Befehl der Verpflegung der Offiziere des Reichswehrverbandes Berlin bei Besetzung durch die Brigade Ehrhardt sei ihm von Oberst Bauer gegeben worden. Auch dieser Zeuge wird nicht vernommen. Der Direktor des pommerschen Landbundes, von Dewitz, ergeht sich vor allem über wirtschaftspolitische Probleme und erklärt, er habe sich an Rudendorfs nur gewandt, weil er einen Schuß gegen die kommunistischen Banden für erforderlich hielt. Der Zeuge wird vom Oberreichsanwalt sodann in ein scharfes Kreuzgeheiß genommen.

Herford und Minden-Ravensberg

Das Licht wird aus dem Schoß der Nacht geboren,
Es leuchten Sterne nur auf dunklen Grunde,
Dum, Menschenkind, gib nimmer dich verloren
Und harr' getrost der Weihnachtskumbe
von Gerhard Amptor

10. Dezember.

Bürgermeister Althaus.

Ein Willkommen.

Seit gestern ist der Magistrat unserer Stadt wieder vollständig zusammengekehrt. Durch Wahl der Stadtverordneten wurde Herr Bürgermeister Osmer, dessen Bestätigung in diesen Tagen hier eintreffen dürfte, Herr Bürgermeister Althaus zugeführt. Er kommt als Jurist und Verwaltungsbeamter unmittelbar aus der Praxis der Großstadt, bezw. eines stark industrialisierten Landkreises. Eine Fülle von Eindrücken hat er dort in sich aufgenommen. Nicht alles wird sich hier verwerten lassen, was dort als zweckmäßig und vorteilhaft sich erwiesen hat. Jedes Gemeinwesen hat eine Seele für sich, die genau beobachtet und treulich gepflegt werden will, wenn sie nicht verkümmern soll. Eins erwarten wir darum von dem neuen Mann zuerst, daß er ein Herz voll guten Willens und den Sinn ernstlichen Strebens mitbringt, diese Seele einer, ohne das Unglück unseres Vaterlandes mächtig aufwärtsstrebenden Stadt, kennen zu lernen und zu hüten. Selbst aus allem niederstehenden Geschlecht stammend, wird er bald inne werden, daß Westfalen Eigenheiten und Sonderarten hat, die man andernorts vergebens sucht. Auf diesem Grunde wird ihm ein Aufgabengebiet zu wachsen, in dem unendlich viel Segensreiches geleistet werden kann. Frisch und unverzagt, klug und bedachtam möge er an seine Amtspflichten herangehen, immer nur das eine Ziel vor Augen, daß er als Bürgermeister der Vertrauensmann der gesamten Bürgerchaft sein muß. In diesem Sinne rufen wir dem Neugewählten ein aufrichtiges Willkommen zu, hoffend, daß seine Tätigkeit unserer geliebten Stadt zum Segen gereichen möge.

Der neue zweite Bürgermeister unserer Stadt steht im 33. Lebensjahre und entstammt einer alten hannoverschen Pastoren- und Professoren-Familie, die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts nach Berlin kam. Dort besuchte Ernst Althaus auch das Altschlesische Gymnasium, um dann in Freiburg i. B. und Berlin sich dem Rechtsstudium zu widmen; 1911 bestand er das Referendar-, 1915 das Assessorexamen. Nach vierjähriger Kriegsteilnahme arbeitete er etwa ein halbes Jahr in der Reichsgetreidestelle bei der Abteilung für Kommunalverbandsüberwachung. Darauf trat Althaus in den Dienst der Stadt Berlin-Schöneberg, die ihn am 1. Dezember 1919 auf Lebenszeit als Magistratsassessor anstellte. Da dem Magistrat nur noch ein juristischer Stadtrat angehörte, bearbeitete Althaus ein selbständiges Dezernat mit eigenem Vortrag im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung. Am 20. August d. J. wurde Althaus durch den Minister Dominicus in den Dienst der inneren Verwaltung berufen und mit der Verwaltung des Landratsamtes Halle a. d. S. beauftragt. Hier lenkte er bald die Amtsführung auf sich durch seine ganz hervorragenden Fähigkeiten, schwierige politische Situationen zu meistern. (Der Haller Kreiszeitung zählt zahlreiche Kommunisten und Unabhängige zu seinen Mitgliedern.) Mitte Oktober erledigte sich die Tätigkeit in Halle durch Besetzung der Stelle mit einem Reichswehrsozialisten und Althaus kehrte wieder in seine ursprüngliche Stellung nach Schöneberg zurück, von wo er nun jetzt nach hier übersiedelt.

Sein oder Nichtsein der deutschen Presse.

Die deutsche Presse wird plötzlich vor die befürchtete, mit allen möglichen Mitteln bisher verhinderte Katastrophe gestellt. — Die deutschen Zeitungen haben von den bis auf das Hundertfünftel gestiegenen Preisen der Materialien und Herstellungskosten nur einen Teil auf Leser und Inserenten überwälzen können. Nun war der Wagen Druckpapier, der im Frieden 2000 M kostete, bereits Ende November wieder erheblich verteuert worden, sodaß der Preis für Dezember auf 37 000 M gestiegen war. Pöhllich wird hierauf ein weiterer sofortiger Aufschlag nochmals um mehr als das Doppelte des Friedenspreises verlangt, und hierzu kommen die allgemeinen sprunghaften Verteuerungen und enormen Erhöhungen der Löhne. So wachsen plötzlich die gesamten Produktionskosten in riesigen Summen zusammen, zu denen auch eine Verdoppelung der bisherigen Bezugspreise in gar keinem Verhältnis stünde.

Ob und wie lange noch unter diesen Umständen überhaupt das Zeitungswesen aufrecht zu erhalten ist, darüber herrschen in den Kreisen der Sachverständigen die schlimmsten Befürchtungen. Wir treiben aber offenbar in eine Krise hinein, in der die Aufrechterhaltung der Presse mehr als je auch die Aufrechterhaltung der Hoffnung, der Ordnung, des Staatslebens bedeuten wird. Nur Kurzsichtigkeit und Unkenntnis kann das verkennen. Außerordentliche Verhältnisse erfordern außerordentliche Mittel. Das muß verstanden und gewürdigt werden in dem Augenblick, wo es nun tatsächlich geht um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse!

Wir erwarten daher zurecht, daß die unbedingt notwendigen außergewöhnlichen Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise nicht zuletzt deshalb getragen werden, weil nur so die wirtschaftliche Unabhängigkeit der deutschen Presse und ihre Unabhängigkeit von ausländischen Einflüssen zu erhalten ist. Wir wollen, solange es irgend möglich ist, die deutschen Zeitungen vor dem Erliegen schützen. Und wenn es leider bei der stürmischen Entwicklung zum Schlimmen nicht gelingen wird, manche alleingebürgerte und wertvolle Organe der öffentlichen Meinung vor dem Zusammenbruch zu retten, so darf uns doch Pessimismus nicht dahin bringen, daß wir widerstandslos den Dingen ihren Lauf lassen. Die Presse, die — jede Zeitung in ihrer Richtung — mehr als je kämpft für das Wohl der Volksgesamtheit in diesen Zeiten, bedarf auch in erhöhtem Maße der Einsicht ihrer Leser.

Die Lage ist keiner früheren vergleichbar. Möge das allenthalben erkannt werden, solange es noch Zeit ist!

Der Vorstand

des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger
(Herausgeber d. deutschen Tageszeitungen)
E. B.

Im Anschluß an die obenstehende Erklärung teilen die unterzeichneten, dem Zeitungsverlegerverein Minden-Ravensberg-Lippe angehörenden Zeitungen mit, daß sie sich genötigt sehen, die Bezugs- und Anzeigenpreise ab 1. Januar zu erhöhen.

Westfälische Zeitung, Bielefeld; Westfälische Neueste Nachrichten Bielefeld; Volksrecht, Bielefeld; Der Turm, Bielefeld; Haller Kreisblatt, Halle; Herforder Kreisblatt, Herford; Herforder Zeitung, Herford; Neue Westfälische Volkszeitung, Herford; Mindener Tageblatt, Minden; Bänder Tageblatt, Bünde; Bänder Generalanzeiger, Bünde; Gütersloher Zeitung und Tageblatt, Gütersloh; Westfälisches Volksblatt, Raderborn; Die Glocke, Delde; Lübbecke Kreisblatt, Lübbecke; Bad Deynhaufer Anzeiger und Tageblatt, Deynhaufer; Bote an der Weser, Petershagen; Mothor Anzeiger, Mothor; Mothor Zeitung, Mothor; Engerscher Anzeiger, Enger; Engersche Zeitung, Enger; Rahbener Wochenblatt, Rahden; Lippsche Landeszeitung, Detmold; Lippsche Tageszeitung, Detmold; Lippsche Post, Lemgo; Lippsche Volkszeitung, Lage; Blomberger Anzeiger, Blomberg; Ripp. Allgemeine Anzeiger, Salzuflen; Lippsche Rundschau, Salzuflen; Lippsche Nachrichten Schötmag; Schaumb.-Lipp. Landeszeitung, Bielefeld; General-Anzeiger für Schaumb.-Lippe, Stadthagen; Stadthagener Kreisblatt, Stadthagen; Schaumburger Zeitung, Rinteln.

bb. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungsätze. Von der Reichsregierung ist beschlossen worden, im Hinblick auf die herrschende Teuerung die Erwerbslosenunterstützungsätze zu erhöhen; diese gelten wie bisher als Höchstätze. Den Gemeinden bleibt überlassen, dort, wo ein Anlaß vorliegt, Unterstützungsätze festzusetzen, die nicht an das Höchstmaß heranreichen. — Dazu wird noch mitgeteilt: Diese Höchstätze betragen: 1. Für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, in den Dreiklassen A—E 15,00, 13,75, 12,50, 11,25 M. Für weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben 12,50, 11,25, 10,00 und 8,75 M. Für weibliche Personen unter 21 Jahren 7,00, 6,25, 5,50 und 4,75 M. Die neuen Unterstützungsätze gelten ebenso wie bisher als Höchstätze. Es bleibt den Gemeinden, gegebenenfalls auch den Aufschlagsbehörden dort, wo Anlaß dazu geboten sein sollte, überlassen, Unterstützungsätze festzusetzen, die nicht das höchst zulässige Maß erreichen, namentlich in Bezirken, in denen durch die Gewährung des Höchstsatzes die Unterstützung sich den üblichen Löhnen nähern oder sie gar überschreiten würde.

bb. Vergebung städtischer Arbeiten. Diejenigen Handwerker, welche im kommenden Jahre bei der Vergabung der städtischen Arbeiten berücksichtigt zu werden wünschen, fordert das Stadtbauamt auf, sich bis Jahreschluß auf Zimmer 87 des Rathauses zu melden.

bb. Herforder Weihnachtsmarkt. Die Polizeiverwaltung gibt bekannt, daß die Vergabung der Budenplätze zum Weihnachtsmarkt am kommenden Montag, vormittags 10 Uhr, auf dem Lübberbruche hier stattfindet. Plaz erhält nur der Antragsteller, der Standgeld und die sonstigen Ausgaben bei der Zuweisung des Platzes sofort entrichtet.

z. Dritter Elternabend der Mittelschule. Die Mittelschule feiert morgen in den Sälen des Ev. Vereinshauses, nachmittags 5 Uhr, ihren 3. Elternabend. Diese Veranstal-

lungen, die Eltern sollen, erfreuten sich der erste Elternabend sollte der zweite in schichte und Lied Abend rechte Wei In dem Dunkel u rauche Wirklichkeit mit den Kindern f zu feiern. Eine ersten Teile in G au dem Stern wir die Weihnach „Deutsches Weib Die jugendlichen freudig in den D gutes Gelingen au zu 1 M berechtigt Kinder in den S

— Sonntag —

schreibt uns: Das dem Schützenberg stände, so u. a. Fa zu „Obern“, Po täte „Lustige We Herr Neumann Wdagio aus dem zum letzten Konzerten zahl noch weiterhin auf dem Schützen richtung werden, schon lange der

g. Die Weihn 8 Uhr in der Neut such empfohlen. stunde zugleich zwä tischer Auf vorausg Schule Koch-Produkt in Kassel, wo m Konzert zu hören. bekanten in guter wird von der Ber räumt, dem es „Stefft geht“, in fentlichen“ in femeu gen Freunden solch die Kirch gut geh

— Kanarien im Vereinshaufe marien- und Aqu sei auch an diese um 8 Uhr früh

Aus Nr.

Sagen i. B. unbekanten Herrn von Wohwinkel erw vermittelt, daß es hat, die den jungen

Sagen. Ein Anguste Boele von Person zu verdunt geleistet und müht worten. Die Frau tanzen beim König soll Polin sein.

Männer

Unser lang Herr A ist gestorben. Sänger von un fern Freunden in Stimmmitteln de froher Mund ver

Werdigam Chor tritt am sählig an.

Hemden

Bettkat Baumw Halblei Rohkes Rohnes weit

Better

refse.

tyete, mit
rophe ge-
bis auf
Materia-
Refer und
en Druck-
Preis für
lich wird
um mehr
ngen und
blich die
usammen,
n Bezugs-

den über-
darüber
schlimm-
eine Krise
als je
nung, des
und Un-
Verhält-
B verstan-
es nun
umbeding-
Bezugs-
werden,
deutschen
Eing-
mög-
schützen.
lung zum
gehörigste
vor dem
simismus
Dingen
g in ihrer
der Volks-
dem Maße
möge das
ist!

Berleger
tungen)

teilen die
n-Raven-
sich genö-
annuar zu

este Nach-
m, Viele-
st. Her-
sche Volks-
; Winder
Bünde;
Westfäli-
Lübbecke
und Tage-
tershagen;
; Motho;
g, Enger;
deszeitung,
ische Post.
Anzeiger,
len; Lip-
ten Schöt-
General-
ndhagener
Minteln.

läge. Von
inblick auf
stigungs-
höchste.
inlaß vor-
das Höchst-
ist: Diese
über 21
eren leben,
M. Für
M. Für
im Haus-
d. 8,75 M.
6,25, 5,50
ten ebenso
den, gege-
inlaß dazu
stzuweisen.
entlich in
höchste.
oder sie

gen Hand-
gebung der
schen, for-
auf Zim-

verwaltung
um Weib-
s 10 Uhr.
st nur der
gaben bei

ie Mittel-
inschaufes,
Veranstal-

lungen, die Elternhaus und Schüler einander näher bringen sollen, erfreuten sich überall allgemeiner Beliebtheit. War der erste Elternabend der Anstalt dem Volkslied gewidmet, sollte der zweite in der Reihe durch Vortrag in Sage, Geschichte und Lied das Heimatgefühl pflegen, so will dieser Abend rechte Weihnachtsstimmung in die Herzen bringen. In dem Dunkel unserer Tage tut es uns wohl, einmal die raue Wirklichkeit des harten Alltagslebens zu vergessen und mit den Kindern fröhlich und fromm unter dem Christbaum zu feiern. Eine reiche Vortragsfolge führt uns in ihrem ersten Teile in Gesang, Deklamation und Musikstücken hin zu dem Stern über Bethlehem, und aus Kindermund hören wir die Weihnachtsgeschichte. Der zweite Teil bietet ein „Deutsches Weihnachtsspiel für Kinder“ von Vina Hilger. Die jugendlichen Darsteller haben all ihr Können gern und freudig in den Dienst der guten Sache gestellt. Möge ein gutes Gelingen auch diesen Abend krönen. Vortragsfolgen zu 1 M. berechtigen zum Eintritt und werden durch die Kinder in den Säulen angeboten.

— Sonntagskonzert des städtischen Orchesters. Man schreibt uns: Das Programm für kommenden Sonntag auf dem Schützenberg enthält wiederum nur außerordentliche Musikstücke, so u. a. Fantasie aus „Die Meisterfinger“, Ouvertüre zu „Oberon“, Potpourri aus „Die lustige Witwe“, Ouvertüre „Lustige Weiber“ von Nikolai. Als Solist wird sich Herr Neumann betätigen, er bringt zum Vortrag das Adagio aus dem Cellokonzert von Haydn. Der Besuch zum letzten Konzert war bedeutend besser als bei den vorherigen Konzerten. Hoffentlich vergrößert sich die Besucherzahl noch weiterhin, damit die Sonntagsnachmittagskonzerte auf dem Schützenberg erhalten bleiben und eine ständige Einrichtung werden, wie es in den meisten größeren Städten schon lange der Fall ist.

g. Die Weihnachts-Musik, welche morgen (Sonntag) abends 8 Uhr in der Neustädter Kirche stattfindet, sei nochmals regem Besuch empfohlen. Dem Konzertpublikum werden sich in dieser Feierstunde zugleich zwei Solisten vorstellen, denen ein guter künstlerischer Ruf vorausgeht. Fr. Heinde, die als Sopranistin aus der Schule nach-Bredmann hervorging, sang mit großem Erfolg kürzlich in Rassel, wo man sich darauf freut, sie bald in einem größeren Konzert zu hören. Herr Hans Böke-Hasse, ein Sohn des uns wohl bekannten in guter Erinnerung bleibenden Professors Hasse-Berlin, wird von der Berliner Presse als „vielversprechender Geiger“ gewürdigt, dem es „stets um die Sache selbst“, nie um den äußeren Effekt geht, und der „starke Anzeichen von ausgesprochenem Persönlichen“ in seinem Spiel offenbart. Allen noch nicht ganz schlüssigen Freunden solcher Abend-Musiken sei noch zuletzt versichert, daß die Kirche gut geheißt ist.

— Kanarienvogel-Ausstellung. Auf die morgen, Sonntag, im Vereinshaus stattfindende große allgemeine Geler-Kanarienvogel- und Aquarien-Ausstellung verbunden mit Verlosung sei auch an dieser Stelle hingewiesen. Die Ausstellung wird um 8 Uhr früh eröffnet.

Aus Nachbarschaft und aller Welt

Gagen i. B. Der Belehler einer hiesigen Firma wurde von unbekannten Herren in ein Auto gelockt und getötet. In der Nähe von Wöhring erwachte er und es gelang ihm, zu entkommen. Man vermutet, daß es sich um Werber für die Fremdenlegion gehandelt hat, die den jungen Mann zu entführen versuchten.

Gagen. Ein unglaublich tolles Lügengewebe hat die Frau Auguste Boele von Hagen gesponnen, um die Wahrheit über ihre Person zu verdunkeln. Die Frau hat in Verden einen Meineid geleistet und mußte sich deshalb jetzt vor dem Strafgericht verantworten. Die Frau bezeichnete einen Generalmajor v. Sch., Adjutanten beim König von Hannover, als ihren Vater. Ihre Mutter soll Polin sein. In Wirklichkeit ist sie 1850 in Wolfenbüttel als

Tochter der Maria Bollmer geboren. In ihrem an Abenteuer überreichen Leben ist die Frau durch die halbe Welt gekommen, mehrfach verheiratet gewesen und vielfach Mutter geworden. Die Kinder gab sie an ihrem jeweiligen Wohnort in Pflege und verleugnete sie, wenn es ihr nötig schien. Die Frau verleugnete in der Verhandlung sogar ihren Mann, mit dem sie in wilder Ehe gelebt und der Vater von dreien ihrer Kinder ist. Die Erzählungen der Frau über ihren Lebenslauf muten an wie ein Abchnitt aus einem Detektivroman. Das ganze Leben der Angeklagten ist eine einzige große Lüge. Der Meineid wurde bewiesen (sie hatte geschworen, unbefragt zu sein, obgleich sie bereits Zuchthausstrafe verbüßt hat) und die Angeklagte zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Hannover. Wegen Vergehens im Unte stand der zu- tekt beim Postamt 1 beschäftigt gewesene Postauswärtiger Paul Höft vor der ersten Strafkammer. Es wurde ihm zur Last gelegt, in seiner Stellung eine Anzahl Briefe und Druck- sachen unterdrückt, einen Brief, der für eine hiesige Firma bestimmt war, geöffnet, das darin liegende Postschekbuch entwendet, ein Postschekformular herausgerissen, dieses über den Betrag von 4575 M. ausgefüllt und den Mitange- klagten Willi Eberlich nach einer hiesigen Bank zwecks Ab- hebung des Betrages geschickt zu haben. Als der Bote da- mals bei der Bank den Geldbetrag abheben wollte, wurde er festgehalten und bald darauf auch in Haft genommen. Das Gericht erkannte für Höft auf 1 Jahr Gefängnis, wäh- rend Eberlich mit 6 Monaten davon kam.

Hannob.-Münden. Bei der Mündener Kriegsgefan- genenheimkehrstelle meldete sich ein aus Sibirien kommender Mündener, von dem seine Angehörigen seit seiner Gefangen- nahme in der Schlacht bei Czernowiz im Juli 1916 nichts mehr gehört hatten. Von 5 Söhnen des Tabakspinners Seitz, von denen zwei fielen, ist der längst Aufgegebene der dritte nun Heimkehrende. Er war bei Kriegsausbruch als kriegsfreiwilliger Kurassier ins Feld gerückt, wurde nach seiner Gefangennahme nach Sibirien verschickt und brachte die langen Jahre an verschiedenen Plätzen Rußlands, bei den Kubanoffen und zuletzt im Kaukasus zu. Mit 17 an- deren Kriegsgefangenen und mehr als 2000 Zivilheim- kehren aus Rußland kam er nun über Trieste mit dem deutschen Dampfer „Wigbert“ zurück, wo ihm der Zufall bereits in Konstantinopel einem Mündener, der auf diesem Dampfer fährt, in die Arme führte. Es ist dies in Münden der zweite Fall, daß ein längst Verschwollener aus Sibirien heimkommt, im ersten Falle war durch einen Kameraden bereits die Todesnachricht mit Angabe des Beerdigungs- ortes und der Grabstätte an die Angehörigen gelangt.

Neuß. In der Stadtverordnetenversammlung wurde von der Verwaltung über die große Kohlennot der Stadt berichtet. Nicht einmal die Bäder konnten in der letzten Zeit mit Kohlen für ihre Betriebe versorgt werden. Die Stadt hat im November 40 000 Zentner Kohlen weniger er- halten als zur gleichen Zeit des vorigen Jahres.

Quedlinburg. In Ausübung seines Berufes wurde in der Nacht zum 7. d. M. der Kriminalpolizeiwachmeister Dillge von vier er- schossen. Er hatte eine Gruppe von vier Männern zurechtgewiesen, wobei einer von diesen ihn mit dem Revolver bedrohte. Als der Beamte den Mann verhaften wollte und mit der Waffe polizeiliche Hilfe herbeirief, streckte ihn dieser durch einen Revolvererschuß nieder. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Täter ist flüchtig, jedoch konnte ein Zeuge der Tat verhaftet werden.

Wirtschaftsleben

Berliner Börse vom 9. Dez. Die heutige Wallbörse brachte auf allen Gebieten weitere Kursabschwächungen. Durchweg verloren die Werte 100—150 Proz. und nur einige wenige Spezialpapiere konn-

ten sich behaupten. Das Publikum suchte heute seine Aktien um jeden Preis loszuwerden. Desgleichen lag auch der Devisenmarkt stark abgeschwächt. Der Dollar ging bis auf 185 herunter. Auch Ostdevisen lagen äußerst matt. Amlich notierten New York 188,49, London 772,50 und Paris 1485. Silber in Barren 2850—2900 M. das Kg. Der Ankaufspreis für Gold beträgt 720 M.

Devisenturse.

	9. Dez.	8. Dez.
Telegraphische Anszahlungen:	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterd. 100 Fl.	6748,25	6756,75
Brüssel-Antwerpen 100 Frs.	1411,05	1430,95
Christiania 100 Kr.	2747,25	2752,75
Kopenhagen 100 Kr.	3545,45	3552,55
Stockholm 100 Kr.	4520,45	4529,65
Helsingfors 100 finnische M.	332,65	340,35
Italien 100 Lira	334,15	335,85
Vonbon 1 Pf. Sterl.	771,70	773,80
New York 1 Doll.	184,81	188,69
Paris 100 Frs.	1488,80	1496,60
Schweiz 100 Frs.	3673,00	3678,70
Spanien 100 Pes.	2697,80	2702,70
Prag (Deutsch-Österr. abgefi.)	6,48	6,52
Bto. 100 Kr.	216,75	217,25
Budapest 100 Kr.	24,47	24,53
Buenos Aires 100 Pes.	61,65	61,85

Der Wert der Mark in Pfennig.

in	8. Dez.	7. Dez.	in	8. Dez.	7. Dez.
Holland	2,3	2,3	London	2,5	2,4
Belgien	5,4	5,3	Newport	2,7	2,0
Norwegen	3,8	3,7	Paris	5,2	5,0
Dänemark	2,9	2,8	Schweiz	2,1	2,0
Schweden	2,3	2,2	Spanien	2,8	2,7
Italien	9,1	8,8			

(Berechnet nach den in Berlin festgesetzten Kursen für telegraphische Anszahlung.)

Sport

Der B. f. B. Bünde ist morgen bei unseren S. U. Reuten zu Gast, um im Freundschaftsspiel zu versuchen, sein in Herford durch die Oktoberniederlage (5:1) stark gesunkenes Ansehen in etwa wieder aufzubessern. Seitdem haben die Bünde viel aufsehererregende Resultate erzielt, u. a. schlugen sie Fortuna-Wader Winden 2:1. Hoffentlich steht man morgen die Herforder S. U. in welcher auch Neumann wieder mitwirkt, mal wieder in altbekannter Höhe. Ich denke, der Name „Bünde“ wird seine Wirkung tun. — Vormittags 9 Uhr tritt die 2. Jugendmannschaft im Verbandsspiel gegen die hiesigen „Mafenspieler“ an. Um 10½ Uhr steigt dann das Punkte- spiel der Ligareserven S. U. gegen B. f. B.

Schuhe, sowie alle anderen Lederwaren färbt man wie Braunschem Wilbra. neu mit neu mit Wilbra. Verl. Sie Gratsbroch. Nr. Z.

Unsere heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlich für den Inhalt: J. B. Richard Truelsen für die Anzeigen: Georg Bese; beide in Herford.

Bekanntmachung.

Wegen Kohlenmangel wird von heute, den 10. Dezember, ab der Personenverkehr auf ¼ eingeschränkt.

Außer wenigen Schnellzügen werden nur noch Personen- züge für den Arbeiter- und Berufsverkehr gefahren. Näheres ergeben die Bekanntmachungen auf den Bahnhöfen.

Eisenbahn-Direktion Hannover.

Wir retten Ihre Haare!

Senden Sie sofort zur mikroskopischen Unter- suchung unter fachmännischer Leitung Ihre ausgekämmten Haare. Darauf erhalten Sie von uns genaue Vorschriften für Ihre Haarpflege. Untersuchung und Vorschrift kostenlos. Kur- und Heilanstalt Schloss Falkenberg, bei Grünau 1381 (Mark). Bedeutendstes Institut für Haarwissenschaft.

Zucker-Runkeln u. Stedrüben

wieder eingetroffen. Dazu empfehlen wir prima rote Stedrüben, rote Beeten, Rottkohl, Schwarzwurzeln, Zitronen, weiße Bohnen, Erbsen, Graupen, Gerstengröße, Salzhering, Reis, Weizenmehl, Kava- und Schuterieise, Seifenpulver und verschiedene Schrotforten.

Drigiese & Co., Hollandstr. 37

Gertrud (Kaiser) 732.

Drucksachen

aller Art

Buchdrucker Fr. Kuhn.

Männerchor Sängerkarte.

Unser langjähriges Mitglied

Herr August Billebrandt

ist gestorben. Mit ihm ist ein hochgeachteter Sänger von uns gegangen, der uns und unsere Freunde manche Stunde mit seinen reichen Stimmkräften bereichert hat. Nun ist sein tiefer- froher Mund verstummt. Erhebe seinen Ansehen! Beerdigung Sonntag nachm. 2½ Uhr. Der Chor tritt um 1½ Uhr im Vereinslokal voll- zählig an.

Puppenklinik!

Übernehme sämtl. Reparaturen an Puppen. Empfehle meine Auswahl in Perücken, Puppen und Ersatzteile. Sämtl. Perücken sowie Köpfe rein ha- turhaar. Bedienen Sie bitte mein Fenster. An Sonntagen vor Weih- nachten ist mein Geschäft geöffnet.

W. Paehold, Friseur, Radewigerstr. 2.

ANZEIGEN

finden weiteste Verbreitung durch die Herforder Zeitung.

Wer gut und billig zu Weihnachten kaufen will, der komme zur Bäckersstrasse 25 hin!

Als besonders preiswert habe ich abzugeben:

Hemdentuche, Bettkattane, Baumwollene Bettzeuge, Halbleinen 80, 140 u. 160 cm breit, Rohkörper, Rohnessel 80, 140 und 160 cm breit, weit unter Tagespreis.

Baumwoll. Kleiderstoffe von Mk. 18,— per Mtr. an, Schürzendrucks und Kleidernessel, Baumwollene Schürzensiamosen.

Damen-, Herren- und Kinder-Unterzeuge, Handschuhe, Sweater reine Wolle von Mk. 15,— an Mützen und Schals, Damen- und Kinderstrümpfe, sowie einen grossen Posten Herrensocken von Mk. 6,50 an

Kleiderstoffe in den modernsten Farben v. Mk. 32,— p. M. an Prima Herrenstoffe 140 cm von Mk. 32,— per Mtr. an Lodenstoff 140 cm zu Mk. 29,50 Knaben-Anzüge und Loden-Joppen Damenmäntel Stück Mk. 75,—

Betten: Bettdamaste 160 cm in rot und weiß la. Ware, Bettinletts, Daunen und Halbdaunen zu den billigsten Tagespreisen.

A. E. Schmidt Inh.: Aug. Wellhölder.

Zu Weihnachten

empfehle ich

Damen-Mäntel

in modernen Formen, kleidsamen Farben und reicher Auswahl.

Strick-Jacken

reine Wolle, schöne Farbestellungen und hübsche Formen.

Kleider-Stoffe

in schwarz, farbig und gemustert für Blusen u. Kleider. Grosse Auswahl.

Umschlagtücher, Socken u. Strümpfe, Wollschals, Normalwäsche

in bekannt grosser Auswahl!

Sonntag, den 11. und 18. Dezember 1921 bis 6 Uhr geöffnet.

Wemmer Nachf.

Stadttheater.

abends 7.30 Uhr
Sonntag, d. 11. Dezemb.,
außer Abonnement
zum letzten Male

Der Vetter aus Dingsda.

Operette v. Ed. Rössle.

Montag, den 12. Dezemb.,

im Montagsabonnement

Der letzte Walzer

Operette von Josef Strauß.

Dienstag, den 13. Dezemb.,

außer Abonnement
zum ersten Male

Traviata

Oper von G. Verdi.

Verband der weibl.

Handels- und Büro-

Angestellten e. V.

Montag, den 12. d. M.,

8 Uhr abends Versamm-

lung im Vereinslokal

Brinmann.

Der Vorstand.

Sie sparen viel Geld

wenn Sie Ihren alten

Herren- oder

Damenhut

auf moderne Formen

umprägen lassen

L. Müller, Steinstr. 6

Gelegenheitskäufe

für Brautleute!

Einen großen Posten

neuer Schlafzimmer-

Bestandteile, wie Bett-

stellen, Kleiderkästen,

Bettstellen, Kleider-

haken, etc., etc., etc.,

zu sehr billigen Preisen.

An- u. Verkaufsstelle

Jacob Schmitt

Margarine

3 Pf. 22.50

Weizenmehl, Ia Ware

3 Pf. 6.25

Saferstücken

5.75

Graupen, mittelförmig

3 Pf. 5.50

Bohnen, weiße

3 Pf. 6.-

Bohnen, bunte

3 Pf. 3.-

Erbsen, grüne

4.25

Groß-Kaffee

4.40

Kondens-Milch Dose 15.-

Vierfrucht-Marmelade

3 Pf. 7.-

Pflaumen

6.-

Salzgurken, prima St. 1.-

Gelatine, Blatt 0.30

weiß und rot

Schmierseife 3 Pf. 2.50

Kernseife, D. St. 6.50

Reichsstaats

1.30

Wasserpulver

3 Pf. 2.40 u. 3.-

empfehlen

Hermann Güls,

Diebroderstr.

Abaris-

Seifenpulver

Pfund 5 Mark

so lange der Vorrat reicht.

Drogerie Schmidt

Herford

Telefon 184. Gehrenberg 4.

In 2 Tagen

werden Herren- und

Damen-Hüte auf

neueste Formen

umgepreßt!

Sutfabrik

L. Boogen

nur Kirchstr. 4

an der Nordwälder Kirche.

Als

Weihnachts-

Geschenke empfehle:

Briefpapier

in Kästen u. Mappen

Postkarten

Notgeldalben

Postkartenalben

Gesangsbücher

Weihnachtskarten

in reicher Auswahl.

Friedrich Ritschel

Gehrenberg 2.

Billiger

Pelzverkauf

des Hamburger Pelzlagers

zu jedermann erschwinglichen

Preisen!

Echte Felle: n. M. 150 an.

Ein. große Fuchshaut

M. 175, 275, 375 u. höher.

Moderne Pelzstücke

M. 95, 165, 185 u. höher.

Herrenragen

M. 95, 125, 175 u. höher.

Kette wird bis 10% des

Einkaufs vergütet.

Bad Oeynhausen,

Friedrichstraße.

Hannover.

Bahnhofstraße 9, wtr.

Als

Weihnachts-

Geschenke empfehle:

Briefpapier

in Kästen u. Mappen

Postkarten

Notgeldalben

Postkartenalben

Gesangsbücher

Weihnachtskarten

in reicher Auswahl.

Friedrich Ritschel

Gehrenberg 2.

Als

Weihnachts-

Geschenke empfehle:

Briefpapier

in Kästen u. Mappen

Postkarten

Notgeldalben

Postkartenalben

Gesangsbücher

Weihnachtskarten

in reicher Auswahl.

Friedrich Ritschel

Gehrenberg 2.

Aussergewöhnlich billiges Weihnachtsangebot

der

Herforder Korsett-Manufaktur

Herford Alter Markt 13 **A. Strasser & Co.** Bad Oeynhausen Königstr. 18 Nähe Nord-Bahnhof.

Korsett „Jrma“
gestickt Battist mit Ia
Gummihalter
Mk. 58²⁵

„Anna“
Iaschwer, grau, Drell, beson-
ders preiswert
Mk. 47⁵⁰

„Paula“
Ia Naturdrell, grau, mit
Gummihalter
Mk. 69⁵⁰

Zusammengestellter grosser Posten Korsetts

nur für

berufstätige junge Mädchen und Frauen

per Stück Mk. 35⁰⁰

Büstenhalter
in
vielen Arten.

Untertaillen
in einfachen und eleganten
Ausführungen.

Schlüpfer, Reformhosen
B.-Woll, Woll, Trikot, Seide
für Kinder und Damen.

Strümpfe
in Makko, Woll, Flor und
Seide, viele Farben.

Strumpfhalter
und Bänder
in
wunderbaren Ausführungen

Damenwäsche
in grosser Auswahl, einfache
und elegante Ausstattung
sehr preiswert.

Passende, geschmackvolle und praktische

Weihnachtsgeschenke

welche auf keinem Gabentisch fehlen sollten

sind unsere

einzigartigen Weihnachts-Geschenkkartons.

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 5.50 Mark
monatlich. Bei Postbezug
5.50 Mark und Postgebühren. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags- und Feiertag, mittags

für Stadt

und Land

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Kreuzstraße 29/31



Telefon Nr. 83 und 131
Postfachkonto Nr. 5796
Schiedam-Hannover

Anzeigenpreis 50 Pfennig

die 1 Spalte 11 Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 60 Pfennig.
Reklamen die Zeile 3.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 289.

Herford, Sonnabend, den 10. Dezember 1921

39. Jahrgang.

Die Wahl des zweiten Bürgermeisters.

Magistratsrat Althaus gewählt mit 27 : 11 : 2 Stimmen.

Stadtverordnetenversammlung.

Sitzung vom 9. Dezember.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten, in welcher vom Kollegium 41 Mitglieder erschienen waren, währte nur dreiviertel Stunden. Vom Magistratsrat waren die Herren Erster Bürgermeister Osmer und Stadtbaurat Meijerschmidt erschienen; später nahm auch der Stadthauptmann Ochs am Magistratsratssitzung teil.

Der Vorsteher Heise eröffnete um halb 6 Uhr die Sitzung und macht Mitteilung von drei eingegangenen Schreiben, die an die städtischen Körperschaften gerichtet sind. Das erste betraf eine Eingabe der Ortsgruppe Herford des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, in welcher um eine einmalige Beihilfe für die Beschaffung von Kartoffeln ersucht wird. Die bereits gewährte Beihilfe stehe in keinem Verhältnis zu den inzwischen eingetretenen hohen Preisen; namentlich sei es den Schwerkranken unmöglich, ohne eine neue Beihilfe auszukommen.

Erster Bürgermeister Osmer: Es ist selbstverständliche Pflicht der städtischen Körperschaften, denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können. Aber eine Hilfsaktion kann nur alle Bedürftigen umfassen, nicht aber eine bestimmte Gruppe. Es ist ganz selbstverständlich, daß den Kriegsbeschädigten aus irgend welchen Mitteln geholfen werden muß, der vorliegende Antrag ist jedoch vom fürsorglichen Standpunkte aus ganz unbedenklich. Wenn ich vorher gemäß hätte von dieser Eingabe, dann hätte ich Ihnen gern zahlenmäßig beige, was wir schon bisher für die Bedürftigen getan haben. Wir stehen nicht an der Spitze der reichhaltigen Städte in dieser Beziehung, aber wir sind ganz gewiß von ihr nicht mehr weit entfernt.

Der Vorsteher bemerkt, die zwei weiteren Eingaben bei dem Punkte 3e zur Verlesung zu bringen, da sie diesen betreffen. Das Wort erhält hierauf der Stadthauptmann Ochs, der die gänzlich unzureichende Beleuchtung der Straßen in den Morgenstunden bemängelt. — Erster Bürgermeister Osmer sagt Althaus zu.

Hierauf tritt das Haus in die Erledigung der Tagesordnung ein. Zunächst erfolgt die

Wahl des 2. Bürgermeisters.

Es sind 75 Bewerbungen eingegangen. Ein Teil der Kommission entschied sich für den Stadthauptmann Ochs, Herford, der andere für den Magistratsrat Althaus, Berlin-Schöneberg.

Stadthauptmann Ochs bemerkt, daß man in weiten Kreisen den Bewerber Althaus nicht kenne, begreiflich dieser in unserer Stadt gewohnt habe. Er (Redner) und seine Freunde seien nicht in der Lage, einem ihnen Unbekannten die Stimme zu geben, die sie vielmehr dem weiteren in Voranschlag gebrachten, ihnen persönlich bekannten Kandidaten geben würden.

Eine weitere Aussprache erfolgt nicht. Die Stadthauptmann Ochs und Stadthauptmann Ochs übernehmen auf Ersuchen des Vorstehers die Auszählung der abgegebenen 41 Stimmen.

Es entfallen auf den Namen Althaus 27, auf Ochs 11 Stimmen und ein Zettel ist unbeschrieben; außerdem eine Stimmenthaltung. Magistratsrat Althaus ist somit zum 2. Bürgermeister der Stadt Herford gewählt.

An die Wahl schließt sich die Beratung der

Magistratsverlagen

an, deren erste die

Erhöhung der Vergütung für die vorübergehend beschäftigten Angestellten

ist. Stadthauptmann Ochs als Referent ersucht nach kurzer Erläuterung der Magistratsvorlage um deren Annahme; sie umfaßt das laufende Halbjahr und erfordert die Bewilligung der Summe von 48 740 M.

Das Kollegium stimmt ohne Aussprache zu.

Bürgerschaftsübernahme für eine von den Herforder Kleinbahnen zur Anschaffung einer Lokomotive aufzunehmenden Anleihe.

Referent Stadthauptmann Ochs verliest die Eingabe der Kleinbahndirektion, aus der hervorgeht, daß die Verwaltung einer neuen schweren Lokomotive bedarf, deren Anschaffung jedoch erhebliche Mittel erfordert, die dem Erneuerungsfond entnommen werden sollen. Um die Maschinen zu beschaffen, ist die Aufnahme einer Anleihe erforderlich. Der Magistrat hat beschlossen, der Bürgerschaftsübernahme der 600 000 M. betragenden Anleihe in Höhe von 250 000 M. zuzustimmen in der Voraussetzung, daß der Kreisanschuß Herford, mit welchem in der Angelegenheit Verhandlungen gepflogen worden sind, eine gleiche Bürgerchaft in Höhe von 350 000 M. übernimmt. Der Berichterstatter bemerkt dazu, der Anschluß habe sich dem Beschluß des Magistrats angeschlossen und er erbitte gleichfalls die Zustimmung des Kollegiums. — Das geschieht.

Umwandlung einer Lehrerinstelle in eine Zeichenlehrerinstelle an den Volksschulen.

Stadthauptmann Ochs trägt als Referent vor, daß in der Schule Mindenerstraße durchschnittlich auf einen Lehrer 67 Kinder kommen; es empfehle sich die Umwandlung einer Lehrerinstelle in die eines Lehrers. Das Gleiche sei der Fall bei der

Umwandlung einer Lehrerinstelle in eine Zeichenlehrerinstelle an der Mittelschule.

Das Kollegium stimmt den Magistratsvorlagen ohne Aussprache zu.

Ordnung über die Erhebung einer Vermögenssteuer im Stadtbezirk Herford.

In den vom Vorsteher eingangs der Sitzung erwähnten Eingaben des Wirtschaftsverbandes und des Verbandes reisender Schausteller wird gesagt, daß die geplante Vermögenssteuer derartig drückend auf ihr Gewerbe wirke, daß die Lasten nicht mehr aufzubringen seien. Die neuen Lasten auf das Publikum abzuwälzen, erscheine ihnen unbedenklich. Der Vorsteher trägt diese Eingaben dem Kollegium vor und erteilt das Wort dem

Referenten Stadthauptmann Ochs: Nachdem das Reich eine Vermögenssteuerordnung herausgegeben hat, der sich die Stadt Herford angeschlossen hat, ersuche er um deren Annahme. Der Referent bemerkt dazu, in der Vorlage müsse unter allen Umständen die Befreiung der Vermögenssteuer in Kraft treten werden.

Stadthauptmann Ochs: In letzter Minute ist die Nachricht eingetroffen, daß sich das Finanzministerium auf Wunsch des Stadthauptmanns Ochs einverstanden erklärt, die Frist bis zum Inkrafttreten der Verordnung bis zum 31. März n. J. zu verlängern. Eine Vertagung stelle er anheim angesichts der eingegangenen Anträge, die der Prüfung immerhin bedürften.

Stadthauptmann Ochs schließt sich den Worten des Vorredners an und beantragt die Wahl einer Kommission, welche die Steuerordnung nochmals durchzusehen soll.

Die Vorlage wird hierauf bis zur Sitzung der Stadtverordneten am Freitag nächster Woche vertagt.

Erster Bürgermeister Osmer bittet das Kollegium dringend, die Vorlage des Magistrats dann aber auch zu verabschieden, denn aus naheliegenden Gründen sei ihre endgültige Verabschiedung zu wünschen.

Ankauf eines Geländeteils zum Ausbau der A-Z-Straße.

Berichterstatter Stadthauptmann Ochs erklärt, es handle sich um den Ankauf eines Geländeteils in der Siedlung an der Bismarckstraße, welcher der formellen Genehmigung des Kollegiums bedürfe. — Der Vorlage wird debattelos zugestimmt.

Der auf der Tagesordnung ferner vorgesehene

Bericht des Schriftführers

muß abgesetzt werden, weil die Vertagung der Luftbarkeitssteuerordnung und eine Schlachthofangelegenheit die Anberaumung einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Freitag nächster Woche noch nötig machen.

Die Durchberatung der eingegangenen Anträge bezüglich der Luftbarkeitssteuerordnung wird auf Antrag des Vorstehers der Finanzkommission übertragen.

Außerhalb der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung nahm dann noch

Stadtbaurat Meijerschmidt das Wort, um zu erklären, daß in der vorletzten Sitzung seine Tätigkeit zu Unrecht bemängelt worden sei, besonders in bezug auf die Herbeiführung der Heizungsanlage in der Schule auf Stiftberg. Wegen Krankheit sei er verhindert gewesen, sich zu rechtfertigen. Wenn er heute auf die Angelegenheit zurückkomme, so tue er es deshalb, um die Zweifel zu widerlegen, die aus dem Stadtverordnetenkollegium der Firma Kötling in Hannover entgegengebracht wurden, welcher bekanntlich die Neueinrichtung der Heizungsanlage in der Schule übertragen wurde. Das Stadtbaurat habe ein Gutachten der Firma Kötling & Pohl in Hagen eingeholt, das sich mit den Ansichten der zur Herbeiführung der Heizungsanlage beauftragten Firma deckt. Es fehlen 11,5 Quadratmeter Heizfläche; eine Vergrößerung der Heizfläche ist erforderlich, um die nötige Heizung der Schule zu erzielen. Für die neu herzustellende Anlage sind 34,5 Quadratmeter Kessel-Heizungsfläche notwendig. Zu diesem Zweck ist eine Ausbesserung der Kessel notwendig, um wieder auf einen normalen Kesselverbrauch zurückzuführen. Die neue Anlage ist bereits in Arbeit. Eine Bedingung ist natürlich zu erwarten — so schloß der Stadtbaurat — daß die Bedienung der Heizungsanlage auch in der Neuanlage ordnungsmäßig erfolgt, was bei der alten nicht der Fall gewesen ist. Wenn die Bedienung nicht ordnungsmäßig vor sich geht, dann könne auch die beste Heizungsanlage nicht funktionieren.

Stadthauptmann Ochs: Es hat keinen Zweck, auf Unwegen um die Tatsachen herumzugehen. Schon vor zwei Jahren habe diese Angelegenheit die Stadtverordnetenversammlung beschäftigt; schon damals ist beschlossen worden, die Heizungsanlage in der Schule auf Stiftberg in Ordnung zu bringen. Das ist leider nicht geschehen; das Stadtbaurat hat versagt. Inzwischen sind erhebliche Kosten in dieser Sache entstanden, die gespart werden konnten. Das Stadtbaurat möge ihm (Redner) versichern, wenn er das harte Wort der „Gleichgültigkeit“ gegenüber seinem Leiter in Anwendung bringen müsse.

Nach einer kurzen Erklärung des Stadtbaurats Meijerschmidt, andere und wichtigere Arbeiten des Baurats hätten die Erledigung dieser Arbeit hinausgeschoben, schloß die Besprechung.

Es folgte noch eine Geheimhaltung.

Neue Bismarckbriefe.

Nachdem kürzlich der vielangekündigte dritte Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen der deutschen Öffentlichkeit übergeben wurde, werden in den nächsten Tagen (im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W. 35) „Bismarcks Briefe an seinen Sohn Wilhelm“ erscheinen. Wir werden auf diese sehr interessante Neuerscheinung zurückkommen und bringen heute folgenden „Geburtsbrief“ des großen Staatsmannes an seinen heranwachsenden Sohn zum Vorabdruck. Die Schriftleitung.

Nikolsburg, den 1. August 1866.

Mein lieber Will!

Es trifft sich wunderbar, daß ich zu Deinem und zu Herberts Geburtsniemals bei Euch bin, und Deiner fällt immer in recht geschäftige Zeit. Im vorigen Jahre arbeiteten wir am Gasteiner Vertrage, vor zwei Jahren unterzeichnete ich gerade am 1. August den Frieden in Wien, und

vor drei Jahren traf uns die österreichische Einladung nach Frankfurt um die Zeit und der Besuch des Kaisers; 1862 war ich in Biarritz, und in diesem Jahre hier in Mähren. Ich hätte es so gern mit angesehen, wenn Du so plötzlich 14 Jahre alt wärest, mit einem Ruck um ein Jahr älter und verständiger. Aber ich kann Dir nur aus der Ferne Gottes Segen und Gedächtnis an Leib und Seele wünschen. Ich habe viel Arbeit gehabt und noch mehr steht bevor. Der Friede mit Oesterreich ist so gut wie fertig; nachdem es uns den Platz in Deutschland geräumt, haben wir es glimpflich behandelt; 60 Millionen Taler, wovon 20 für Gegenforderungen abgehen. Es ist wohlfeil, aber in der Politik muß man, wenn man viele Gegner hat, zunächst den stärksten außer Spiel setzen und die schwächeren schröpfen, was im Privatleben eine sehr unritterliche Gemeinheit wäre. Was wir brauchen, ist Norddeutschland, und da wollen wir uns breit machen. Der Süden soll Geld bezahlen. Der König ist heute nach Brunn voraus; ich habe dies morgen früh noch zu tun in dem alten großen Schloß hier, was vor einigen Stunden noch lebendig wie ein Ameisenhaufen war. Unten stehen stolze Kinder, vom 61. Regiment, Schützenregiment. Sonderbar hier mit ihnen zusammenzutreffen; ich kann aber nicht ermitteln, ob Reinfelder oder Kolziglower darunter sind. Von Philipp (Bismarcks ältester Neffe, der bei König-

grätz durch einen Lanzensich verwundet wurde. (Anm. d. R.) erfahre ich hier auch nichts, zuletzt hörte ich vor 14 Tagen, daß er bald geheilt sei. Es ist Gottes Gnade, daß der Stich nicht ins Auge ging oder tiefer in den Kopf. Radel und Gubben sind wohl und Karl noch wohler, meine guten Pferde aber beide tot, und ich reite auf des Königs Marfall, gewöhnlich einen schwarzen Hengst, der unelc Tom heißt. Morgen früh fahre ich auch nach Brunn, und bin so Gott will am Sonnabend über Prag in Berlin. Nach Wien kommen wir leider nicht, aus Gründen, die ich einstweilen Deinen politischen und militärischen Scharfsinn zu erraten überlasse. Am Sonnabend wird der Landtag eröffnet. Da werden sie allerlei auszusprechen haben, daß wir nicht sehr vieler Länder noch, und des Kaisers Bart und den Mond uns im Frieden ausgedungen haben, und ich werde der Sündenbock für alles sein. Meinnetwegen; der Wind, der durch die Schwäberrücken fährt, ist mir noch gleichgültiger als das Maulen desjenigen, der augenblicklich sich hier an meinem Gassenfenster aufstößt. Nun leb wohl, mein geliebter Junge, grüße unser Väterchen herzlich und Deine Mutter, wenn sie da ist, nebst Marie und Herbert.

Dein treuer Vater

O. Bismarck.

Vor der Entscheidung der Memelfrage.

Von Dr. Paul Ostwald-Berlin.

Man muß es den Vätern des Versailler Diktates lassen, daß sie sich durch eine ganz besondere Fingiertheit ausgezeichnet haben, in allen Grenzgebieten unseres deutschen Vaterlandes „Fragen“ zu entdecken, die eine Lösung im Sinne der Gerechtigkeit unter den Nationen erforderten und erheischten. Wir Deutsche müssen doch Jahrhunderte hindurch nicht nur Barbaren, sondern auch große Toren gewesen sein, da wir von dem Vorhandensein so vieler „Fragen“ bei uns niemals die leiseste Ahnung hatten, bis uns eben in Versailles besonders durch die „ritterlichen“ Franzosen die Augen geöffnet wurden. Wirklich erstaunlich, was nun mit einem Male „fraglich“ wurde, und zwar auch dann noch, nachdem uns das Elsaß, Westpreußen, Posen, Danzig und das Memelland genommen waren. Erstaunlicher und eigentümlicher ist aber entschieden noch, daß die Lösungen, die wir in den zahlreichen „Fragen“ erlebten, mit geringen Ausnahmen zu unseren Ungunsten erfolgten. Diese Resultate hätte die Entente entschieden leichter haben und das deutsche Volk dadurch nicht dauernd in Atem zu halten brauchen, wenn sie damals in Versailles gleich offen ihre Raubbahabsichten zugegeben hätte. Aber ein letzter Rest von Schamgefühl ließ sie den Unweg über künstlich geschaffene Fragen nehmen, um vor der Welt sich wenigstens mit einem moralischen Mantelchen zeigen zu können, auf dessen Durchsichtigkeit allerdings kein großer Wert gelegt wurde.

Wir sind dann auch im Laufe von fast zwei Jahren mit den „Fragen“ so ziemlich ans Ende gelangt: übrig ist nur noch die Regelung der Memelfrage geblieben, die allerdings nach dem Artikel 99 des Versailler Diktats für uns Deutsche keine „Frage“ mehr zu sein hat. Bei den 90 Proz. deutscher Bevölkerung im Memelland reicht selbst die sonst so trefflich arbeitende Spitzfindigkeit der Franzosen nicht aus, um hier die Zugehörigkeit zu Deutschland als „fraglich“ erscheinen zu lassen, und so trennte man einfach gewaltsam dieses Land vom deutschen Volkskörper. Eine Frage aber hatte man damit doch geschaffen. Einmal ist es für uns Deutsche trotz des Artikels 99 nicht gleichgültig, was aus unseren deutschen Brüdern dort im Nordosten wird, und zweitens erwuchs für die Entente die Frage: wohin mit dem Memelland! Hierüber soll nun in der nächsten Zeit die endgültige Entscheidung getroffen werden, und wie wir wohl mit Recht annehmen dürfen unter dem ausschlaggebenden Einfluß von Frankreich.

Drei Möglichkeiten liegen vor, mit denen wir für die Zukunft des Memellandes zu rechnen haben. Entweder es wird litauisch, oder es wird polnisch oder es bleibt ein „selbständiger“ Staat unter französischem Protektorat. Für uns Deutsche kann keine der drei Lösungen die Memelfrage erledigen, denn wir werden nach wie vor uns nur dann zufrieden geben können, wenn das uns gewaltsam entziffene Land uns wiedergegeben wird. Doch da wir vorläufig nicht in der Lage sind, unser Recht gegen die Gewalt zu verteidigen, so werden wir uns zu fragen haben, welche der drei Lösungen wohl am meisten im Interesse des Memellandes und des deutschen Volkstums zu wünschen sein wird.

Es fehlt in Deutschland nicht an solchen Kreisen, die meinen, das Memelland würde am besten aufgehoben sein, wenn es zu Litauen zugeschlagen würde, da die Litauer die deutsche Kultur dort am wenigsten antasten würden. Dem muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. Wird das Memelland litauisch, dann geht es wirtschaftlich und kulturell zugrunde. Memels wirtschaftliche Bedeutung liegt in seiner Holzindustrie und in seiner Holzsaufuhr. Da das Holz aber zum größten Teil aus den polnischen Wäldern kommt, so würden die hohen litauischen Einfuhrzölle die Zufuhr polnischen Holzes völlig unterbinden. Das kulturarme und gering bevölkerte Litauen wäre aber keinesfalls in der Lage, diesen Anfall für Memel zu ersetzen. Weiter ist es aber irrig, annehmen zu wollen, daß die Litauer die deutsche Kultur schonen würden. Vielmehr haben die Litauer bereits ausgesprochen, daß sie dem Memelland niemals eine Sonderstellung einräumen, daß sie sogar die Deutschen zur Wehrpflicht zwingen würden. Wirtschaftlicher und kultureller Ruin wären dem Memelland unter litauischer Herrschaft also gewiß.

Nicht viel besser steht es, wenn das Memelland polnisch würde, ja vielleicht noch schlimmer. Denn die Voraussetzung zu einem polnischen Memelland wäre, daß Polen auch über Litauen die Oberhoheit erhielte. Daß es diese Absichten nicht nur hegt, sondern dabei auch von Frankreich mit allen Kräften unterstützt wird, zeigt ja die Tatsache, daß die Polen trotz der Völkerbundsentscheidung immer noch in Wilna sitzen. Gelänge der polnisch-französische Plan, dann hätten die Polen einen zweiten Ausgang zur Ostsee, den sie so sehr wünschen, zudem wäre Ostpreußen von allen Seiten durch polnisches Gebiet umgeben und erst recht von Deutschland abgeschnürt. Die Zukunft des uns noch verbliebenen Ostpreußens würde dadurch aufs neue in Frage gestellt. Und das Memelland selber? Gewiß, es hätte die Zufuhr des polnischen Holzes für seinen Hafen und seine Industrie, aber ihm wäre damit unter polnischer Herrschaft wenig gedient. Westpreußen und Posen reden eine deutsche Sprache, welchen Weg auch das Memelland in wirtschaftlicher Beziehung gehen würde. Wie es dem Deutschtum und der deutschen Kultur ergehen würde, braucht wohl nicht mehr erörtert zu werden. In Beispielen ist ja da kein Mangel.

So bleibt nur noch der dritte Fall, daß Memel „selbständig“ unter französischem Protektorat bleibt. Auch hier droht dem Deutschtum Gefahr, aber es bleiben dem Memelland als einem selbständigen Staat doch immerhin gewisse Möglichkeiten, sich freier zu regen. Die Bevölkerung, die durchaus deutsch ist, kann mehr zu Worte kommen, die Verbindungsmöglichkeiten mit dem deutschen Mutterlande bleiben größer und ungefährteter, so daß dadurch doch ein gewisser Schutz gegen den französischen Einfluß gegeben ist. Memel hat ja auch bisher schon seit dem Friedensdiktat von Versailles in dieser Form bestanden, und es hat sich gezeigt, daß es dabei sowohl in wirtschaftlicher wie kultureller Hinsicht immer noch am besten gefahren ist.

Es ist schmerzhaft, daß wir im Reiche für die Tausende deutscher Brüder und Schwestern, die wieder vor einer dunklen Schicksalsfrage stehen, nichts tun können. Ist ihnen doch selbst nicht einmal eine Rolle zugeschrieben, in der sie ihren eigenen Willen kundtun dürfen, sind sie selber dabei doch auch nur als Statisten gebildet. Wer eins können wir, daß wir ihnen versichern, ihnen in jedem Falle die Kreuze zu halten, wenn sie selber treu bleiben. Das Mutterland wird sie nicht vergessen, und es wird Pflicht jeder deutschen Regierung zu sein, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um das wertvolle deutsche Kulturgebiet im Nordost wieder mit dem Deutschen Reiche zu vereinigen. Deutsche haben es einst besiedelt, Deutsche haben dort hohe Kultur hineingebracht, Deutsche bewohnen es, deutsch soll es auch wieder werden.

Zum neuen Mietrecht.

Von Dr. Zumbrecht-Berlin.

Die von breiten Bevölkerungskreisen geforderte Neuordnung des Mietrechtes soll jetzt zur Tat werden. Der längst erwartete Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz ist jetzt erschienen und anscheinend haben die beteiligten Ministerien auch das B. streben, dies Gesetz mit der größten Beschleunigung zur Annahme zu bringen, denn der Gesetzesentwurf ist zugleich dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichstage zugegangen; mit den Beratungen soll noch im Laufe dieser Woche im Reichswirtschaftsrat begonnen werden.

Ob der Entwurf den Erwartungen entspricht, die in den beteiligten Kreisen auf ihn gesetzt worden sind, mag dahingestellt bleiben. Abhängig ist es ja wohl gewesen, neben einer Entlastung der Einigungsämter vor allem auch das durch die verschiedenen Mieterschutzverordnungen ziemlich unübersichtlich gewordene Mietrecht neu zu regeln und klarer herauszuarbeiten in dem Sinne, daß der Wohnungsinhaber einen größeren rechtlichen Schutz gegenüber dem Vermieter bekommt. Ob und inwieweit der erstere Gesichtspunkt durch diesen Gesetzesentwurf erreicht wird, muß selbstverständlich einer Prüfung der zuständigen Stellen überlassen bleiben. Der deutsche Ständetag, bezw. die Vereinigung der Mieterschutzämter wird ja wohl dazu Stellung nehmen müssen. Wesentlicher ist aber der zweite Gesichtspunkt, für den der Entwurf im § 15 eine radikale Lösung gefunden hat, die ganz zweifellos auch den weitgehendsten Anforderungen der Mietervereinigungen und sonstigen Vertretungen der Mieterinteressen gerecht werden dürfte. Diese Bestimmung verleiht nämlich dem jeweiligen Inhaber der Wohnung ein dauerndes Gebrauchrecht an der Wohnung, das nur in wenigen Ausnahmefällen aufgehoben werden kann. Er verdrängt die bisherigen freien Mietverträge in Mietverträge und gibt dem Mieter das Recht, seinerseits über die Wohnung nach Be-

lieben zu verfügen, ohne hierin irgendwie, sei es durch den Hauswirt oder sonst jemand anders, beschränkt werden zu können (einige Ausnahmen, die aber praktische Bedeutung für die grundsätzliche Beurteilung dieser Frage nicht haben, sehen die §§ 2, 3 und 4 des Entwurfes vor).

Mit dem Augenblick, wo also das Gesetz in dieser Form in Kraft tritt, ist praktisch jeder Mieter einer Wohnung zugleich auch deren Eigentümer geworden und es scheint sogar, als ob in diesem Punkte die Ministerien sogar noch weiter gegangen sind, als es den Berufsgruppen, die an dem Zustandekommen dieses Gesetzes interessiert waren, vorgeschwebt haben mag. Denn abgesehen davon, daß ein solches Erbmietrecht auch gewisse Verpflichtungen mit sich bringt und unter Umständen auch eine große Last werden kann, ergibt sich schon bei der ersten Ueberprüfung einer solchen gesetzlichen Regelung, daß sie auch sonst noch zu Konsequenzen führt, die, so verlockend auch dieses Erbmietrecht an sich sein mag, doch nicht ohne erhebliche Bedenken sind. Als sicher annehmen kann man doch, daß mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes niemand mehr seine Wohnung aufgeben, sondern sie nötigenfalls höchstens mit einer gleichwertigen von Ort zu Ort veräußern wird. Dies eröffnet für alle diejenigen, die heute entweder gar keine Wohnung haben oder in unzulänglichen Mietwohnungen hausen müssen und ferner auch für alle diejenigen, die sich künftig einen Hausstand noch zu gründen gedenken, keine erfreulichen Aussichten, denn alle diese Wohnungsbedürftigen werden dann niemals eine Wohnung bekommen, es sei denn, daß sie über genügend Geldmittel verfügen, um dem Inhaber einer Wohnung diese oder Teile derselben um hohes Entgelt abkaufen zu können.

Die Hoffnung auf die Neuherstellung von Wohnungen für diese Wohnungsbedürftigen ist leider auch nur eine geringe. Soweit bisher durch Reich, Staat und Gemeinde die Bautätigkeit betrieben, bzw. gefördert worden ist, konnte damit nicht der allergeringste Teil des Wohnungsbedarfs gedeckt werden. In Zukunft wird dies bei der sich mit außerordentlicher Schnelligkeit immer mehr verschlechternden Finanzlage noch weniger der Fall sein, und auf die private Bautätigkeit kann bei Inkrafttreten dieses Gesetzes selbstverständlich überhaupt nicht mehr gerechnet werden.

Dagegen wird aber das Gesetz zur Folge haben, daß ein ganz ungeahnter Wucher mit Wohnungen ausbricht und nur wer in der Lage ist, verhältnismäßig hohe Geldmittel aufzuwenden, kann noch daran denken, eine Wohnung zu erwerben. Es braucht in dieser Beziehung nur darauf hingewiesen zu werden, daß beispielsweise heute schon in Berlin auch für den kleinsten Boden 100.000 M. aufgewendet werden müssen, daß also kapitalstärkere Mittelständer sich eine Existenz überhaupt nicht mehr zu gründen vermögen. Dabei ist der Erwerb eines Geschäftes keineswegs etwa durch eine Notlage bedingt. Wieviel mehr muß aber erst der Wucher und Schleichhandel ausbrechen, wenn alle diejenigen, die ohne Wohnung und daher in größter Notlage sind, den Versuch machen wollten, sich aus ihrer Notlage zu befreien? Die Aussichten, die sich da eröffnen, sind gar nicht auszudenken. Deshalb darf gehofft werden, daß, nachdem der Entwurf nunmehr erschienen und bereits in Beratung ist, die berufenen Vertreter der hieran interessierten Bevölkerungsklassen unerbittlich dazu Stellung nehmen, um zu verhindern, daß etwas Gesetz wird, das den schutzbedürftigen Bevölkerungsklassen mehr Schaden als Nutzen bringt.

Gerichtssaal

Das Geheimnis von Kleppelsdorf.

Hirschberg i. Schl. Hier begann die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Architekten Peter Gruppen, der des Doppelmordes an den beiden jungen Mädchen Dorothea Rohrbach und Ursula Schade auf Schloß Kleppelsdorf angeklagt ist. Peter Gruppen ist ein hochgewachsener junger Mann mit blondem Haar, kleinem blonden Schnurrbart und breiten Schultern; seinen linken Arm hat er im Kriege verloren. Trotzdem macht seine Gestalt den Eindruck geborgener Kraft. Seinem Gesicht fehlt es nicht an Heftigkeit, besonders die Augen haben einen nicht gewöhnlichen Ausdruck durchdringender Schärfe. Der Anwalt, zu dem Prozess ist außerordentlich groß, gegen 100 Zeugen sind geladen, vor allem die ehemaligen Hausgenossen der Ermordeten, die Großmutter, Frau Banddirektor Eder, die Erzieherin des Fräulein Rohrbach, Fräulein Zahn, in diese Trauer gekleidet, ferner die Witwe der Ursula Schade, Fräulein Mohr, der die Anklage Beziehungen zu Gruppen vorwirft. — Dorothea Rohrbach war die Tochter eines früheren Landwirts aus der Umgebung Berlins, der durch Grundstückspekulationen Millionär geworden war. Er hatte sich mit seinem zusammengekauften Gelde das Landloos Kleppelsdorf bei Hirschberg in Schlesien gekauft. Nach dem Tode Rohrbachs und seiner Frau war die 14jährige Dorothea Rohrbach als Witwe und Unverheirateterin zurückgeblieben. Gruppen steht in dem Verdacht, Dorothea Rohrbach besteuert zu haben, um sich ihres Vermögens zu bemächtigen. Dabei soll er sich der jungen Cousine Dorotheas, Ursula Schade, mit Hilfe hypnotischer Beeinflussung bedient haben. Die Vorgänge auf Schloß Kleppelsdorf sind in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt.

Für unsere Frauen

Berliner Modebrief.

Die gegenwärtige Mode hat etwas Prunkendes. Sie liebt reiche Pelze, Samte, schimmernde Seiden, edle Spitzen, Federn, Reifer, und sie hätte sicherlich auch eine fanatische Vorliebe für Schmuck, was ihrem Stil entsprechen würde, wenn unsere Epoche lauten Schmuck nicht ausschließen würde. Wer ihn hat, zeigt ihn nicht gern oder fürchtet auch, ein wertvolles Stück zu verlieren, und gerade vornehme Frauen haben keinen Schmuck oder haben ihn — nicht mehr. Sie haben, bewußt oder unbewußt, im weichen Schimmer des Schmucks, des Jett, einen Ersatz dafür gefunden. Man schwelgt gegenwärtig in Jett, wenigstens schön verschliffenes Material schon sehr kostspielig geworden ist. Auf Hüften für den Nachmittag und Abend sieht man sehr viel Jett. Er wird auf Glockenformen in runden Schnitten geführt und kommt in Loques in Agraffen, Franzen oder hängenden Rosetten zur Verwendung. Kleine, gequetschte Formen oder turbanartige Gebilde aus Samt, Pelz und Seidenfilz, die scheinbar nur von zwei Jettadeln gehalten werden, sind Lieblingsformen der Mode. Auch auf Kleidern sind Befestiger und Borten aus Jett von dekorativer Wirkung. Das lose, gerade Samtkleid, das über ein Unterkleid aus Spitzen oder Rüll fällt, wird durch einen geflochtenen Jettgürtel mit langen Enden zusammengehalten. Es gibt auch wunderschöne Sittergürtel aus Jett oder Jettperlengürtel. Auch der schwarze spanische Schal wird mit Jettfranzen besetzt und über einem Unterkleid zur Abendgewandung drapiert. Eine Jettagraffe, ein paar Jettknöpfe oder Jettspangen sind von Großmuttern Zeiten her fast in den Laben aller Familien.

Sie werden jetzt hervorgeholt, und man freut sich ihres Besitzes doppelt, wenn man hört, was ihre Neuanschaffung kosten würde.

Die große Vorliebe für das Jadenkleid hat auch das Interesse für die Bluse in den Vordergrund gestellt. Sie ist zu einem wichtigen Bestandteil der winterlichen Garderobe geworden, nachdem solange das Kleid mit Mantel als richtiger Anzug für kalte Tage galt. Es ist daher zu erwarten, daß die Bluse ein sehr begehrtes Weihnachts-geschenk sein wird. Will man dies Geschenk nun persönlicher gestalten, so wird man die Bluse besticken. Stickerverzierung in jeder nur denkbaren Technik zielt die modernen Blusen. Die gute alte Handarbeit kommt wieder zu ihrem Recht, nur daß sie sich nicht auf die manchmal gewiß überflüssigen Decken und Deckchen erstreckt, sondern der Mode dienlich gemacht ist. Man kann sich garniert vorstellen, was für hübsche Wirkungen man mit der ganz einfachen Kettenstickerei erzielen kann. Bordürenstickerei, die oft in Verbindung mit Plattschmitten besonders reizvoll wirkt, scheint die gegebene Ergänzung für die Sweaterblusen, die besonders für unsere Badische immer sehr kleidsam sind.

Ein völliger Wirtswarr zeigt sich heute in der Kostümierung älterer Frauen. Es gibt viele, die, bei den höheren Jahrgängen angelangt, nur mehr schwarze Kleidung tragen. Das ist Geschmackssache und muß nicht sein. Grau in allen Tönungen, braun, violett, zur festlichen Gewandung sogar blaßblau sind ebenso gestattet wie schwarzweiß oder die Farbe der Rohseide. Sie und da ist auch dunkelblau erlaubt und Großmama mag wählen, was ihrem Teint, ihrer Figur und ihrem Geschmacke zusagt.

„Weil sie zu häuslich war...“ In Baltimore hat ein hübsches junges Mädchen, Virginia Hicks aus dem Leben

flüchten wollen, wurde aber gerettet und ist nach langem Krankenlager wieder genesen. Der Fall hat viel von sich reden gemacht und wurde von amerikanischen Blättern aufgegriffen, weil das Motiv des Mordes überaus interessant ist. Virginia Hicks wurde von dem Mann, den sie liebte, verlassen und wehrte sich gegen ihre Rettung, indem sie erklärte: „Er hätte es sicherlich nicht getan, wenn ich nicht zu häuslich gewesen wäre. Die Männer schauen nur auf Schönheit, einer wie der andere. Ich will nicht mehr von ihm wissen, laßt mich doch sterben!“ Das Mädchen ist zwanzig Jahre alt und gehört, wie berichtet wird, zu jenen Frauen, die von einem stillen, behaglichen Heim und von Eternität träumen. An unrenen Verhältnissen gemessen, vermag man den Fall nicht recht zu begreifen. Denn im allgemeinen macht man bei uns jetzt die gegenteilige Erfahrung und findet, daß gerade die häuslich veranlagten Frauen die begehrtesten sind. Gewiß, die Männer, die sich von der rein dekorativen Frau, nur von auffallender Schönheit blenden lassen, wird es immer geben. Sofern man aber verallgemeinern darf, muß man feststellen, daß die Gegenwart eher zugunsten des einfachen, häuslich erzogenen Mädchens und gegen die Modedame spricht. Mag sein, daß Virginia Hicks an den Unrechten geraten ist, an der gesamten Männlichkeit aber hatte wiederum nicht verzweifeln müssen. Die Welt hat die häusliche Frau nie nötiger gebraucht als jetzt!

Weibliche Polizeibeamte. In Kopenhagen hatte man so gute Erfahrungen mit weiblichen Polizeibeamten gemacht, daß die Frauenvereine Dänemarks bei der Regierung ein Gesetz eingereicht haben, daß Frauen auch bei dem eigentlichen Polizeidienst, z. B. bei der Sittlichkeits- und Ordnungspolizei Verwendung finden möchten.

Unmittelbare Zeugen mit Interesse dem

Vor dem Sch... ein Prozess ab... von heute gestir... Jahre hindurch f... liche Gutachten f... Sektionen in allen... selten einen menschl... lunde Sautleden... entmenschte Paar... Jahren Gefängnis

Ein seltsame... beidseitige das... 57jährige Bergm... hatte. Ihr wurd... alten Tochter El... der Geburt zu tö... lung ergab, war... Niederkunft ihrer... sie ihren Zustand... aber auch, weil... Vaterchaft nicht... Niederkunft heran... Geburt und wäh... andere Geschäfte... keinen Reichtum... endlich die Heba... fernen Nachbarv... deren Frage, ob... „Wenn das Kind... wäre es wohl da... und gleich darnac... kinde, eines jun... eingetroffen war... Kindes mitten a... Stelle, wo bei n... nicht zusammenge... lange Stachel... Kopfe des Kindes... machte Anzeige... Rinde nichts gesch... Kindes) den Ver... lenkte, wurde sie... Zeugen, darunter... vernommen. Alle... ihr die Tat nicht... 20 Jahren lemt... die stets gut für... etwas robust. D... war der Meinn... Frage kommen... sei noch sehr juge... Ausführungen d... einer längeren V... sämtliche Schuld... Beweis erbracht... liche Schuldfragen

Die fiesben er... gende Zeichnung... hundernden Kinder... „von R. Deul... General Rollet un... „Präter“ und „Hö... in Washington“ v... „Anentweg“ v... Thony. Textlich... „Die Gdeemangen... „Lichtfang in... „gende“ von Peter... fünf Beiträge: „Z... kommt von Jgl... aufsch“ und „Gef... der Simplissimus“

Einem Bewei... eine kleine Freim... Re zählte kaum... Sie hatte im... „gehabt“ und es... genehme Frucht... Ursachen konnte... „Mutterchen“,... Edam (sic!) and... „Gewiß, S... „Kommt das... „Nun, ich h... „Und ich au... „Ja, wenn d... „Nun, weis... Adam und der... von der Geschl... gleich anfangen.

Skizze... Claude Dess... einen Zehnfranc... auf das Zew... Die Kugel i... der Groupiers f... Papier auf Clau... Mechanisch

den Haus-
nen (einige
und 4 des

Form in
gleich auch
in diesem
als es den
es inter-
Denn abge-
erpflichtun-
Lust wer-
mer folgen
ngen führt,
mag, doch
kann man
mehr seine
mit einer
öffnet für
ber oder
ner auch
zu gründen
Wohnungs-
nen, es sei
an Inhaber
entgelt ab-

n für die
Soweit
betrieben,
ergeringste
wird dies
mehr ver-
und auf die
es selbst-

ein ganz
er in der
dann noch
in dieser
spielsweise
100 M. auf-
änder sich
en. Dabei
ne Notlage
Schleiche-
ung und
ollten, sich
da eröff-
den, daß
Beratung
Beobach-
zu verhin-
dlerungs-

soverhand-
pelmordes
nd Ursula
Struppen ist
inem blond-
rm hat er
in Eindruck
Geistigkeit,
ruch durch
ist außer-
in die ebe-
ter, Frau
ach, Frau
der Ursula
zu Gruppen
es früheren
rundsstück-
mit seinem
bei Gericht
und seiner
nd Unver-
Dorothea
mächtigen
la Schade,
Vorgänge
tel geküßt.

langem
von sich
tern auf-
ein schar-
n schien.
chte, ver-
n sie er-
ich nicht
nur auf
mehr von
dchen ist
zu jenen
und von
gemeinen.
Denn im
illige Er-
anlagte
e, die sich
er Schön-
fern man
daß die
erzogenen
sein, daß
der ge-
erzweifeln
dtiger ge-

Unmittelbare Zeugen der Tat sind nicht vorhanden. Man wird mit Interesse dem Verlauf des Prozesses entgegensehen dürfen.

Ein entsetzliches Kulturbild.

Vor dem Schwurgericht in München spielte sich dieser Tage ein Prozeß ab, der einen entsetzlichen Einblick in die Verrohung von heute gestattet. Das Ehepaar Ullmann hatte sein Dienstmädchen Jahre hindurch so mißhandelt, daß es schließlich starb. Das ärztliche Gutachten konstatierte: Ich habe seit 30 Jahren über 20 000 Sektionen in allen Weltteilen vorgenommen, aber ich habe dabei selten einen menschlichen Körper gesehen, an dem es so wenig gesunde Hautfalten gab, wie an dem Körper des Mädchens. Das entmenschte Paar wurde zu acht Jahren Zuchthaus bzw. zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Nadel im Kopf.

Ein fetsamer Anlagensfall wegen Kindesmordversuchs beschäftigte das Göttinger Schwurgericht, vor dem sich die 57jährige Bergmanns-Gesetzfrau Goslar zu verantworten hatte. Ihr wurde zur Last gelegt, daß von ihrer 19 Jahre alten Tochter Elise unehelich geborene Kind fünf Tage nach der Geburt zu töten versucht zu haben. Wie die Verhandlung ergab, war die Angeklagte über die außereheliche Niederkunft ihrer Tochter furchtbar aufgeregt. Einmal, weil sie ihren Zustand ihr gegenüber verschwiegen hatte, dann aber auch, weil der angebliche Vater ihres Kindes die Vaterschaft nicht anerkennen wollte. Als nun die Zeit der Niederkunft herannahte, ließ sie ihre Tochter kurz vor der Geburt und während der Geburt hilflos liegen und besorgte andere Geschäfte. Sie sagte ihr ins Gesicht: „Du sollst für deinen Leichtsinn büßen, du mußt ausbilden.“ Als sie dann endlich die Hebamme aus dem dreiviertel Stunden entfernten Nachbarort herbeiholt, soll sie zu derselben auf deren Frage, ob es denn eine Totgeburt sei, gesagt haben: „Wenn das Kind tot wäre, wenn sie nach Hause kämen, so wäre es wohl daran.“ Am fünften Tage nach der Geburt und gleich darnach, als der Abgabebrief des Vaters von dem Kinde, eines jungen Schmiedesjungen aus Thüdinghausen, eingetroffen war, entdeckte die Hebamme beim Waschen des Kindes mitten auf dessen Kopfe, gerade an der weichen Stelle, wo bei neugeborenen Kindern die Hirnschale noch nicht zusammengewachsen ist, daß eine 3-3½ Zentimeter lange Stachnadel tief bis an den Kopf der Stachnadel im Kopfe des Kindes steckte. Sie zog die Nadel heraus und machte Anzeige davon. Merkwürdigerweise hat es dem Kinde nichts geschadet. Als die Tochter (die Mutter des Kindes) den Verdacht auf die Angeklagte (ihre Mutter) lenkte, wurde sie in Haft genommen. Eine Reihe von Zeugen, darunter auch mehrere Leumundzeugen, wurden vernommen. Alle sagten nur Gutes über sie aus und trauen ihr die Tat nicht zu. Auch der Ortsgeistliche, der sie seit 20 Jahren kennt, hält sie für eine ordentliche fleißige Frau, die stets gut für ihre Kinder gesorgt habe, nur sei sie immer etwas robbist. Der Staatsanwalt hielt sie für schuldig und war der Meinung, daß keine andere Person als Täter in Frage kommen könne, ihre Tochter, die Mutter des Kindes, sei noch sehr jugendlich, der trauere er die Tat nicht zu. Den Ausführungen des Staatsanwalts trat der Verteidiger in einer längeren Rede entgegen und bat die Geschworenen, sämtliche Schuldfragen zu verneinen, da nicht der geringste Beweis erbracht sei. — Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, worauf ihre Freisprechung erfolgte. hs.

Büchermarkt

Die soeben erschienene Nr. 37 des „Simplicissimus“ enthält folgende Zeichnungen: „Baltungewinnler aller Länder, gebend der hungernden Kinder!“ von Karl Arnold, „Nachsaison“ und „D. R.“ von F. Gumbert, „Abendstunde“ von Wilhelm Schulz, „General Rollet und die deutschen Werte“ von Th. Th. Heine, „Der Preiser“ und „Hochzeit“ von L. Knoch, „Friedensgar Nikolaus in Washington“ von D. Gumbert, „Im Hamlet“ von W. R. „Anentwegt“ von E. Schilling und „Zwölfsbüchlein“ von E. Thöny. Textlich ist die Nummer ausgestattet mit einer Skizze: „Die Zwempanzen“ von Arnold Hahn, ferner mit je einem Gedicht: „Nichtang im Abend“ von Gideon Gum, „Moralische Leiden“ von Peter Scher und „Dho!“ von Ratschke. Dann folgen fünf Beiträge: „Julus der Zeit“ von Emanuel, „Wie man zu Geld kommt“ von Jgl., „Aus dem Industriegebiet“, „Aus einem Schul-aussatz“ und „Bestimmungstüchtigkeit“, sowie fünf Beiträge unter „Lieber Simplicissimus“ und „Vom Tage“.

Herzenshöflichkeit.

Von Max Grube.

Einen Beweis echter Herzenshöflichkeit erbrachte neulich eine kleine Freundin von mir — ich darf sie wohl so nennen, sie zählte kaum sechs Jahre.

Sie hatte in der Schule die Geschichte vom Sündenfall „gehabt“ und es ging ihr sehr zu Herzen, daß eine so ansehnliche Frucht wie ein Apfel so unangenehme Folgen verursachen konnte.

„Muttechen“, fragte Elschen, „sind der Adam und die Edam (sic!) auch in den Himmel gekommen?“

„Gewiß. Sie haben doch ihren Ungehorsam bereut.“

„Kommst du auch in den Himmel?“

„Nun, ich hoffe es.“

„Und ich auch?“

„Ja, wenn du immer artig bist.“

„Nun, weißt du was, Mutti? Dann können wir ja dem Adam und der Edam guten Tag sagen. Aber, weißt du, von der Geschichte mit dem Apfel wollen wir dann nicht gleich anfangen.“

Der Spieler.

Skizze von Karl Fr. Rimrod, Hagen.

Claude Delfines, der kleine Munizipalbeamte, legte einen Zehnfrancschein, die Hälfte seines Barvermögens, auf das Zero.

Die Kugel wollte, es wollten die Augen — der Rechen der Croupiers schob dreihundertfünfzig Francs in Gold und Papier auf Claude Delfines' Platz.

Mechanisch ergriff dieser den Papierwust, presste ihn

Der „Simplicissimus“ kostet pro Nummer 1,50 M., die Liehaber-Ausgabe, welche auf einem qualitativ ganz hervorragenden schönen Papier hergestellt wird, im Vierteljahresabonnement 35 M. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag G. m. b. H. & Co. in München.

Sport

Die erste Mannschaft der Fußballabteilung „Eichenfranz“ spielt am Sonntag nachmittag 2½ Uhr auf dem Wälderbruch gegen den äußerst spielstarken Verein „Fichte“-Brachwede. Gelang es „Eichenfranz“ damals, „Fichte“ mit 3:0 zu schlagen, so dürfte diesmal nach spannendem Kampf der Ausgang des Spieles sehr ungewiß sein.

Unsere heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlich für den Inhalt: J. B. Richard Truelsen; für die Anzeigen: Georg Bese; beide in Herford.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Angestellten-Versicherung.

Die Wahl der Vertrauens- und Erfahnmänner für die Angestellten-Versicherung findet in der Bürgerhalle „Wilhelms-Platz“, Seitengebäude, statt:

für die Arbeitgeber

am Sonntag, den 15. Januar 1922, von 9 bis 11 Uhr vormittags; für die Angestellten

am Sonntag, den 15. Januar 1922, von 2 bis 7 Uhr nachmittags für den Wahlkreis umfassend den Stadtbezirk Herford.

Es sind zu wählen: 6 Vertrauensmänner und 12 Erfahnmänner. Die Vertrauens- und Erfahnmänner werden je zur Hälfte aus den versicherten Angestellten, die nicht Arbeitgeber sind und aus den Arbeitgebern der versicherten Angestellten gewählt.

Die Vertrauens- und Erfahnmänner aus den Arbeitgebern werden von den Arbeitgebern der versicherten Angestellten, die übrigen von den versicherten Angestellten gewählt.

Wahlberechtigt sind volljährige Deutsche, männlichen und weiblichen Geschlechts, sofern sie zu den versicherten Angestellten oder deren Arbeitgebern gehören und im Bezirke des Stadtkreises Herford wohnen.

Wahlberechtigt als Arbeitgeber sind — wenn sie nicht als Angestellte wahlberechtigt sind — auch

1. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und beschränkt geschäftsfähiger natürlicher Personen;

2. bei juristischen Personen die Mitglieder des Vorstandes, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Geschäftsführer, bei anderen Handelsgesellschaften die persönlich haftenden Gesellschafter, soweit sie nicht von der Vertretung ausgeschlossen sind. Sind hiernach für eine juristische Person oder Gesellschaft mehrere wahlberechtigte Personen vorhanden, so darf nur eine derselben das Wahlrecht ausüben.

Wählbar sind nur Versicherte, die nicht Arbeitgeber sind, und Arbeitgeber der versicherten Angestellten, die im Bezirke des Stadtkreises Herford wohnen oder beschäftigt sind oder ihren Betriebshaus haben.

Wählbar als Arbeitgeber sind — wenn sie nicht als Angestellte wahlberechtigt sind — auch:

1. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und beschränkt geschäftsfähiger natürlicher Personen;

2. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und beschränkt geschäftsfähiger einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die persönlich haftenden Gesellschafter bei anderen Handelsgesellschaften, soweit sie nicht von der Vertretung ausgeschlossen sind;

3. die bevollmächtigten Betriebsleiter.

Weder wahlberechtigt noch wählbar ist, wer

1. infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verurteilt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist,

2. infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Angestellte, die nach § 390 des Versicherungsgesetzes für Angestellte von der Beitragsleistung befreit sind, sind sowohl wahlberechtigt als auch wählbar.

Gewählt wird schriftlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, Vorschlagslisten für

die Wahl bis spätestens zum 25. Dezember d. Js., dem Magistrat einzureichen.

Die Vorschlagslisten sind für die Arbeitgeber und die versicherten Angestellten getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste soll mindestens soviel Namen enthalten als Vertrauensmänner und Erfahnmänner zu wählen sind; sie darf höchstens die doppelte Zahl solcher Namen aufweisen.

Die Vorgelegenen sind nach Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort zu bezeichnen und in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Mangels anderer ausdrücklicher Erklärung wird angenommen, daß die an erster Stelle Aufgeführten als Vertrauensmänner vorgeschlagen werden.

Die Vorschlagslisten müssen von mindestens fünf Wahlberechtigten unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters unterschrieben sein.

Die Vorschlagsliste soll die Wählervereinigung, von der sie ausgeht, nach unterscheidenden Merkmalen kenntlich machen.

Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten unterzeichnet, so wird seine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten gestrichen.

Die Vorschlagslisten sind ungültig, wenn sie verspätet eingebracht werden oder wenn sie nicht vorschriftsmäßig unterschrieben sind und der Mangel nicht rechtzeitig behoben wird.

Zwei oder mehr Vorschlagslisten können in der Weise mit einander verbunden werden, daß sie den Vorschlagslisten anderer Wählervereinigungen gegenüber als eine einzige Vorschlagsliste gelten. In diesem Falle müssen die Unterzeichner der Vorschlagslisten oder die Bevollmächtigten Vertreter übereinstimmend spätestens bis zum Ablauf des 4. Januar 1922, die Erklärung abgeben, daß die Vorschlagslisten mit einander verbunden sein sollen, anderenfalls ist die Erklärung über die Verbindung ungültig.

Wird von den Arbeitgebern oder von den versicherten Angestellten bis zum 25. Dezember d. Js. nur eine Vorschlagsliste eingebracht, so findet für die betreffende Gruppe keine Wahl statt. Die in der Vorschlagsliste gültig verzeichneten Personen gelten dann in der für den Wahlbezirk erforderlichen Zahl in der Reihenfolge des Vorschlags als von dieser Gruppe gewählt.

Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung auszuweisen.

Für die versicherten Angestellten dient die Versicherungsliste als Ausweis, für die Arbeitgeber eine von der Gemeindebehörde des Betriebsortes ausgestellte Bescheinigung. Auf Antrag der Arbeitgeber stellt die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin eine Bescheinigung über die Zahl der versicherten Angestellten aus.

Diese Bescheinigung dient als Unterlage für den von der Gemeindebehörde auszustellenden Wahlausweis.

Dieser Ausweis wird im Rathaus, Zimmer Nr. 71, ausgestellt.

Das Wahlrecht wird in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest oder Vorbehalt enthalten. Sie sind außerhalb des Wahlraums handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung herzustellen.

Den Arbeitgebern ist es gestattet, an Stelle der persönlichen Stimmabgabe ihren Stimmzettel dem Wahlleiter unter Beifügung des Ausweises über ihre Wahlberechtigung brieflich einzufenden. Die erforderlichen Umschläge erhalten die Arbeitgeber auf Verlangen von dem Vorsteher der Wahl oder bei der Ausgabestelle der Angestellten-Versicherung, Rathaus, Zimmer Nr. 70 ausgehändigt. Der Brief muß spätestens am 15. Januar 1922 vormittags 11 Uhr bei der unterzeichneten Behörde, Rathaus, Zimmer Nr. 71 eingegangen sein. Nachträglich eingehende Stimmzettel sind ungültig.

Jeder wahlberechtigte hat eine Stimme. Arbeitgeber, die mehr als fünfzig, oder nicht mehr als hundert versicherte Angestellte beschäftigen, haben zwei Stimmen. Für je weitere angefangene hundert versicherte Angestellte erhöht sich die Zahl um eine Stimme. Kein Arbeitgeber hat mehr als zwanzig Stimmen.

Hat ein Arbeitgeber mehrere Stimmen, so hat er jeden Stimmzettel in einem besonderen Umschlag zu verschließen.

Enthält ein Umschlag mehrere Stimmzettel, so gelten sie als ein Stimmzettel, wenn sie gleichlautend sind, anderenfalls sind sie ungültig.

Es kann nur für unveränderte Vorschlagslisten gestimmt werden, auch die Reihenfolge der Vorgelegenen in der Vorschlagsliste darf nicht geändert werden.

Ungültig ist die Wahl einer Person, die zur Zeit der Wahl nicht wählbar war. Ungültig ist ferner die Wahl einer Person, von der oder zu deren Gunsten von Dritten die Wahl rechtswidrig (§§ 107 bis 109, 240, 339 des Reichsstrafgesetzbuches) oder durch Gewährung oder Versprechung von Geschenken beeinflusst worden ist, es sei denn, daß dadurch das Wahlergebnis nicht verändert worden ist.

Herford, den 2. Dezember 1921.

Der Magistrat.

Kohlenverkauf auf Marke 14.

Am Montag, den 12. Dezember d. Js.: Bezirk 9, Winkelmann, Ruckhohl (41,20 M), Stückhohl (39,20 M); Bezirk 10, Niechler, desgl.; desgl.; Bezirk 11, Schröder, desgleichen, desgleichen.

Verkauf auf Marke 15.

Bezirk 6, Mettenbrink, Braunkohlenbrüetts, (27 M), Ortshohlenselle Herford-Stadt.

Derzliche Weihnachtsbitte der Krüppelanstalten in Volmarstein.

Ihr kennt mich. Ich komme von Volmarstein im Namen der Krüppel groß und klein. Es schicken mich her unsere lieben Alten. In diesen Tagen, den dunklen und kalten. Sie haben schon oft eure Liebe erfahren. In manchen guten und bösen Jahren. Wie's dies Jahr steht in unseren Heimen? O Freunde, das läßt sich fast nicht reimen. Die Sorge steht täglich mit uns auf. Begleitet den ganzen Tageslauf, Und gehen wir schlafen, so ist sie da. Und nun ist Weihnachten schon ganz nah! Wir träumen vom Schenken und „Glücklich“ machen. Das Kinderherz wünscht sich die schönsten Sachen. Die Eine denkt an ein neues Kleid — Ihr lieben Freunde, nun ist es Zeit! Ein Tröpflein von eurem Heberfluh Aus nah und fern, das fülle zum Schluß Hier oben tausend leere Hände. Und alle Sorge hätt' ein Ende. Der Bettelmann schlief ruhig ein: Es wird doch frühliche Weihnacht sein. Die Kerzen werden wieder glühn — Und Weihnachtsrosen uns erblühn. Für jede Gabe, groß und klein, gleichviel ob Geld, Lebensmittel, Tabak, Kleidungsstücke, Spielsachen uhn. Ist von ganzem Herzen dankbar der Leiter der Anstalten.

Pastor Victor, Volmarstein.

Postfachkonto: Köln Nr. 29 490.

